:antifaschistische nachrichten

Nr. 22

g 3336 23.10.2003 19. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Neuer Höchststand rechtsradikaler Straftaten

BERLIN. Die Zahl der politisch rechts motivierten Straftaten ist in diesem Jahr deutlich gestiegen und hat im August den bisher höchsten Monatsstand dieses Jahres erreicht. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der PDS-Abgeordneten Petra Pau hervor, die diese in regelmäßigen Abständen stellt.

Danach wurden im August 2003 703 rechts motivierte Straftaten registriert, darunter 53 Gewalttaten. 45 Personen wurden dabei verletzt. 2002 hatte der traurige Rekord im Monat Dezember gelegen. 615 Straftaten wurden damals gemeldet.

Von den 703 Straftaten im August 2003 wurden 124 als fremdenfeindlich motiviert erfasst, 28 davon waren Gewalttaten. Diesen Zahlen liegt aber noch keine vollständige Statistik zugrunde. Die Bundesregierung merkt an: „Aufgrund von Nachmeldungen können sich unter Umständen erhebliche Veränderungen ergeben." Mit anderen Worten, die Realität ist weit schlimmer als die Zahlen dokumentieren.

Schriftliche Fragen der Abgeordneten Petra Pau, Nr. 9/260, 261, 262 - u.b. ■

NPD-Aufmarsch durch Braunschweig gestoppt

BRAUNSCHWEIG. Der von der NPD seit langem angekündigte Marsch durch die Braunschweiger Innenstadt unter dem rassistischen Motto „Heimreise statt Einwanderung" konnte am Samstag, den 18.10. durch ein breites Bündnis verhindert werden.

Die NPD hatte nach einem Verbot durch die Braunschweiger Polizei mit Hilfe der Verwaltungsgerichte durchgesetzt, vom Hauptbahnhof aus durch die Innenstadt marschieren zu dürfen. Die von einem großen Unterstützerkreis getragene Gegendemonstration wurde unmittelbar vor ihrem Beginn aus Sicherheitsgründen von der Polizei mit ihrer angemeldeten Route verboten. Nur die Auftaktkundgebung an der Gedenkstätte des KZ-Außenlagers an der Schillstraße sollte in der beantragten Form möglich sein. Peter Gingold – VVN-Bundessprecher und selber Verfolgter des Naziregimes – bezeichnete diesen Vorgang in seiner Rede dann auch als einen Skandal. Er habe es nicht für möglich gehalten, dass nach den grauenhaften Verbrechen der Nazis jemals wieder braune Horden marschieren dürften. Nur die Tatsache, dass so viele, gerade auch junge Menschen sich dem entgegenstellten, mache ihm Mut.

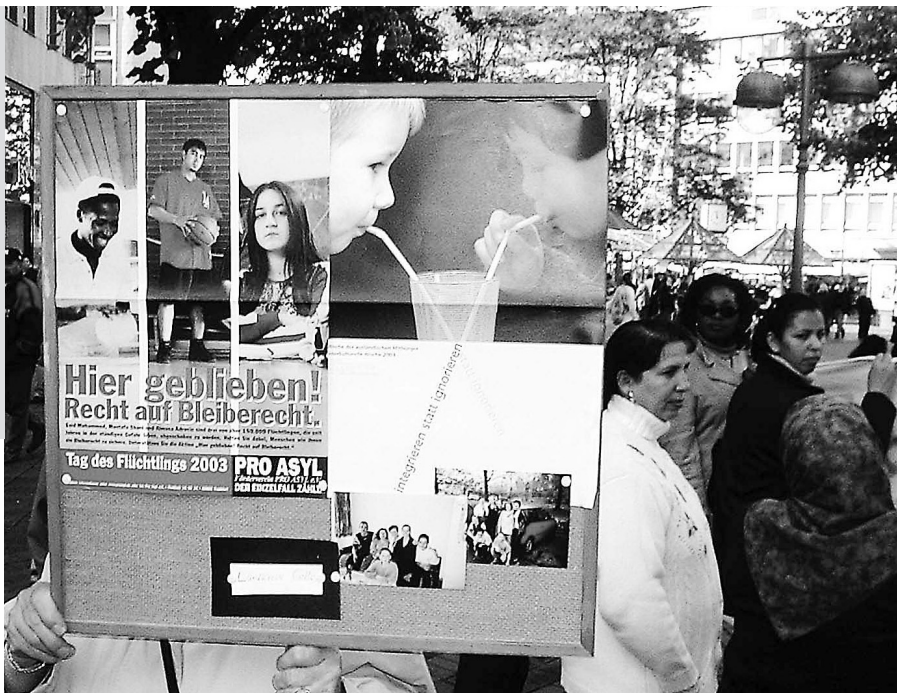
Nach dem Ende der Kundgebung war eine spontane Demonstration zum Hagenmarkt beschlossen. Ein starkes Polizeiaufgebot – laut Braunschweiger Polizei eines der größten der Nachkriegsgeschichte – versuchte, dies zu verhindern. Einer kleineren Gruppe gelang es, in die Innenstadt zu kommen. Dadurch war es nicht mehr möglich, die geplante Route der NPD in die Innenstadt beizubehalten. Aufgrund einer Blockade von mehreren Hundert Antifas auf der Route, entschloss sich die Polizei die Nazis vom Europaplatz wieder zürück zum Hauptbahnhof zu schicken: „Wir konnten nicht die komplette Route freihalten und befürchteten eine erhebliche Konfrontation", äußerte der Polizeisprecher in der Presse. Die Demonstration des Bündnisses gegen Rechts sei „eine gelungene Aktion" gewesen, meinte Udo Sommerfeld von der PDS, Anmelder der Auftaktkundgebung: „Durch den Widerstand von mehreren Tausend Antifaschisten ist es gelungen, die Nazis aus der Innenstadt herauszuhalten."

ND 20.10., indymedia-Bericht, weitere Infos: www.nazi-aufmarsch-stoppen.de.vu ■

Bleiberecht für geduldete Flüchtlinge!

Unter dieser Losung fand eine Demonstration am Samstag, 4.10.2003 in Hannover statt. Ein Bündnis von ca. 30 Gruppen rief zur Demonstration auf, u.a. Flüchtlingsrat Niedersachsen und Thüringen, VVN/BdA Nds., AWO Nds. und Caritas, Kooperative Flüchtlingssolidarität, Romane Aglonipe...

Bericht auf Seite 11



Aus dem Inhalt:

Dreifacher Mord – Neofaschist verhaftet 3
FN eröffnet Komunalwahlkampf 7
Neue Runde im Kopftuchstreit .13

Nazi-Provokateure leugnen Holocaust

Dortmund. Das Bündnis Dortmund gegen Rechts und die VVN/BdA NRW haben Anzeige erstattet wegen Verbreitung der Auschwitzlüge. In der Anzeige, die am 8. Okt. 2003 an die Dortmunder Polizei ging heißt es:

„Im Namen und Auftrag der Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer gemeinsamen Beratung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN-BdA und des Bündnisses Dortmund gegen Rechts am gestrigen Abend erstatte ich Strafanzeige gegen Unbekannt wegen Verbreitung der Auschwitzlüge.

Die Anzeige richtet sich gegen die Flugblattverteiler der DVU und anderer Neonazigruppen, die gegen das Verbot der Auschwitzlüge verstoßen. Der Holocaust an den sechs Millionen europäischen Juden und an Millionen Slawen und Roma und Sintis wurde in den Vernichtungslagern wie Auschwitz, Maidanek, Treblinka, Sobibor vollzogen, ferner millionenfach bei Massenmordaktionen wie Babi Jar u.a. in der Sowjetunion. Davon handelt die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, Dimensionen des Vernichtungskrieges“, die gegenwärtig in Dortmund, Hansastraße, Museum, gezeigt wird.

Die Flugblätter der Neonazis, verteilt vor allem an Schüler, die die Wehrmachtsausstellung besuchen wollen, enthalten die verbotene Auschwitzlüge mit folgenden Worten: „Fast sechs Jahre lang standen sie (die deutschen Militärs im Vernichtungskrieg - US) einem riesigen Feindheer gegenüber, dessen Antreiber nichts anderes im Sinn hatten, als die Zerstörung unseres Heimatlandes. Sechs Jahre setzten sich unsere Großväter tapfer zur Wehr.“

Der Holocaust wird geleugnet und zur berechtigten Abwehrmaßnahme erklärt. Wenn das Verbot der Auschwitzlüge einen Sinn haben soll, müssen Polizei und Justiz jetzt handeln.“

Ulrich Sander
Landessprecher der VVN-BdA,
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten ■

PS: Gegen die Wehrmachtsausstellung wollen die Nazis am 25. Oktober ein zweites Mal durch Dortmund marschieren. Gegenaktivitäten werden vorbereitet (s. Artikel Seite 4).

Nazis spionieren Konten aus

München. Der bayerische Innenminister Beckstein und die Staatsanwaltschaft warnen Betroffene nicht vor einer möglichen Gefährdung. Wie die Münchner tz (tageszeitung) berichtete, spionierte die 17-jährige Auszubildende Monika St. im Auftrag der Nazigruppe „Kameradschaft Süd“ um Martin Wiese die Postbank-Konten antifaschistischer und anderer linker Gruppen aus. Laut tz sind u. a. Konten des Münchner Friedensbüros sowie der PDS betroffen. Außerdem wurden Mitglieder der „Kameradschaft Süd“ bei der Ausforschung verschiedener linker Projekte beobachtet. Das legt die Vermutung nahe, dass das Interesse an den Konten sich nicht auf diese zwei Gruppen beschränkt hat. Auch die Rote Hilfe e. V. unterhält Konten bei der Postbank und ist damit potenziell Opfer der Ausforschung geworden.

Auf diese Weise sind die „Kameraden“ vermutlich an die Namen von Kontobevollmächtigten, Vereinsvorständen und EinzahlerInnen gelangt. Diese wurden bis dato jedoch nicht informiert. (...) Innenminister Beckstein muss sich die unangenehme Frage nach den Ursachen seiner selektiven Informationspolitik gefallen lassen. Offensichtlich unterscheidet er zwischen „schätzenswerten“ Personen und Organisationen und antifaschistischen Gruppen, denen er diese Informationen vorenthält.

Wir sehen dies auch in dem Zusammenhang, dass eben jene Behörden, die diese Information unterdrücken, gleichzeitig Strafverfahren gegen AntifaschistInnen anstrengen, die sich gegen die Naziaufmärsche der freien Kameradschaften engagiert haben.

ROTE HILFE e.V. | Bundesvorstand, Postfach 3255, 37022 Göttingen, Tel.: 0551-7708008, Fax: 0551-7708009, Mail: bundesvorstand@rote-hilfe.de ■

PDS Bayern stellt Strafantrag!

München. Die Landessprecher der PDS Bayern, Eva Bulling-Schröter (Ingolstadt) und Reinhold Rückert (Aschaffenburg), erklären: Seit Mitte August wissen die bayerischen Ermittlungsbehörden, dass die PDS Bayern – wie andere linke und antifaschistische Organisationen auch – von militanten Neonazis ausgespäht wurden. Die PDS Bayern erfuhr diesen Tatbestand allerdings erst aus der Presse, der tz - München. (...) Seit langem ist bekannt, dass Neonazis ihre Gegner ausforschen, um sie einzuschüchtern, zu terrorisieren und anzugreifen.(...)

Die PDS Bayern hat eine Rechtsanwältin beauftragt, Strafantrag gegen die ehemalige Auszubildende der Postbank zu stellen. Dies sind wir als Partei schon den Menschen schuldig, die uns vertrauen und Mitgliedsbeiträge zahlen sowie Spenden überweisen. ■

Heraus zu den antifaschistischen Kehrwochen!

Rems-Murr-Kreis. Am Samstag den 8.11. startet die Kampagne DIE NAZIS VON DER STRASSE FEGEN! Die Kampagne richtet sich gegen die vermehrten Aktivitäten von Nazis im Rems-Murr- und Ostalb-Kreis. Teil der Kampagne werden mehrere Konzerte, Info- & Diskussionsveranstaltungen, Filmabende und Demonstrationen sein. Texte, Infos und Veranstaltungsankündigungen unter: www.antifa-kehrwochen.tk.

Das Gebiet Rems-Murr und Ostalb-Kreis ist in den letzten Jahren zunehmend zu einer Hochburg rechter Aktivitäten geworden. Es existieren dort relativ starke NPD- und JN-Kreisverbände, sowie Strukturen sog. Freier Kameradschaften wie die „autonomen Nationalisten Backnang“, außerdem mehrere Nazi-Cliquen und eine weitverbreitete rechte Subkultur. In der Region kommt es kontinuierlich zu Farbschmierereien an Flüchtlingsunterkünften, zu Drohungen und zu Angriffen auf Migrantinnen und Linke. Auch andere Aktionen z.B. gegen Flüchtlingsheime, Jugendhäuser und türkische Läden bis hin zu Brandanschlägen blieben in den letzten Jahren nicht aus. Neben den gewalttätigen Aktionen finden in der Region auch regelmäßig von NPD und JN organisierte ideologische Schulungen, Feste und „Kameradschaftsabende“ statt.

Diesem Treiben werden wir nicht länger zusehen. In den nächsten Wochen werden in der Region vielfältige Aktionen gegen die Faschisten stattfinden. Unser Ziel ist es, linke und antifaschistische Strukturen in der Region zu unterstützen und die Nazis zurückzudrängen. Eine „National Befreite Zone“, wie sie in einigen Städten in Deutschland existieren, wo die Nazis die Macht auf der Straße besitzen, Linke und Migrantinnen sich kaum noch aus dem Haus wagen können und es zu ständigen Angriffen auf alles kommt, was nicht in das beschränkte Weltbild der Nazis passt, werden wir nicht zulassen.

Feststehende Termine (weitere demnächst unter www.antifa-kehrwochen.tk):

- Samstag 8.11., Villa Roller Waiblingen: Beats against Fascism! Konzert u.a. mit Shit mit Stil und Versbox.
- Samstag 15.11., Bustour durch den Rems-Murr-Kreis. An verschiedenen Orten, die Nazis als Treffpunkte dienen, werden kurze Kundgebungen und Demonstrationen durchgeführt. Ab 10 Uhr, Waiblingen Bf

Die Kampagne wird unterstützt von der Antifa Ag der Revolutionären Aktion Stufigart (aaas@gmx.de), Jugend-Antifa Stuttgart (js-stuttgart@gmx.net), Antifa Vaihingen Enz (afa-vaihingen@gmx.de), Autonome Antifa Luxemburg.

PM ■

Dreifacher Mord in Overath:

Ehemaliger Söldner und Neofaschist verhaftet

Am 7. Oktober 2003 wurden in einer Anwaltskanzlei in Overath in der Nähe von Köln der Rechtsanwalt Hartmut Nickel (61), seine Ehefrau Mechthild (53) und die älteste Tochter des Paares, Alja (26) erschossen. Eine 19-Jährige wurde festgenommen, ihre Aussagen belasten ihren 45-jährigen Freund Thomas A. Auch dieser wurde inzwischen verhaftet.

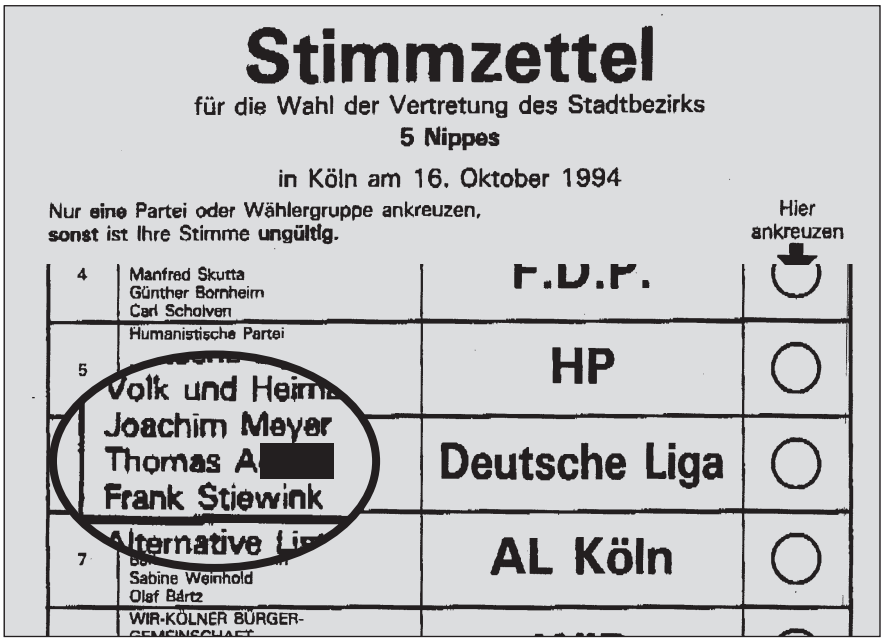
Auf die Spur der Verdächtigen war die Polizei über die Waffe gekommen. Ein Zeuge meldete der Polizei, der 45-Jährige hätte sich die Pump-Gun bei ihm geliehen.

Der mutmaßliche Dreifach-Mörder – gestanden hat er die Tat noch nicht, er wird allerdings durch die Aussage der Freundin schwer belastet – war in den 70er Jahren als Söldner in Rhodesien und südamerikanischen Staaten. Er hatte beste Kontakte in rechtsextreme Kreise und ließ bei seiner Vernehmung wohl auch keinen Zweifel an seiner Gesinnung. Der Kölner Stadtanzeiger vom 17.10.03: „In herrischer Pose habe er rechtsextreme Parolen abgespult, hieß es in Polizeikreisen. Als der Richter ihm den Haftbefehl wegen gemeinschaftlichen Mordes verkündete, rastete er aus: Nach Informationen des Kölner Stadtanzeigers drohte er, den Richter zu töten, wenn er frei käme.“[1]

Für Kölner AntifaschistInnen ist Thomas A. kein unbeschriebenes Blatt. Er kandidierte 1994 für die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ bei der Kommunalwahl in Köln auf Listenplatz 2 für die Bezirksvertretung Köln-Nippes. Ferner war er damals einer der Anmieter der Büroräume der „Deutschen Liga“ in der Köln-Deutzer Schaurtestraße und Unterzeichner der sogenannten „Pulheimer Erklärung“, mit der die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ den Versuch startete, die zersplitterte Rechte vereinigen zu wollen.

Die damals führenden Kader der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ aus Köln sind heute unter dem Namen „Bürgerbewegung pro Köln“ aktiv. Manfred Rouhs, damals Kopf der „Deutschen Liga“ in Köln und heute im Vorstand der „Bürgerbewegung pro Köln“ kommentiert die Verhaftung des ehemaligen DLHV-Kandidaten so: Thomas A. habe ihm mal eine Waffe und Munition angeboten. Er habe dies abgelehnt, weil er vermutet habe, „die Staatsschützer wollten ihm eine Waffe unterschieben“.[2]

Tatsächlich hat wohl der Verfassungsschutz versucht Thomas A. anzuwerben: „Das Landesamt für Verfassungsschutz in Düsseldorf bestätigte gestern Kontakte zu dem Todesschützen. Mitte der 90er Jahre waren die Staatschützer nach eigenen Angaben auf den Rechtsextremisten aufmerksam geworden. ... Insbesondere interessierten die Verfassungsschützer seine Beziehungen zu der als militant eingestuften Kameradschaft ‚Sauerländer Aktionsfront‘.“[3] Auf dem Gehöft am Ortsrand von Overath, auf dem A. lebte, sollen sich regelmäßig Rechtsradikale getroffen haben: „Auch in Köln ermittelte der Staatsschutz. Es gab Hinweise, dass Thomas A. im Bergischen Kameradschaftstreffen veranstaltete.“[4] Die Tat selbst hatte zwar keine politische Motivation, es ging um Mietschulden von 10000 Euro, die der Rechtsanwalt für den Vermieter gegenüber Thomas A. geltend gemacht hatte. Bezeichnend allerdings ist, wie leicht offensichtlich in diesen Kreisen der Zugang zu Waffen ist und wie niedrig die Schwelle, an der zu brutaler Gewalt gegriffen wird. Das wurde bereits im Fall Diesner deutlich und auch bei den Aktivitäten der freien Kameradschaft „Aktionsbüro Süd“ um Martin Wiese, der auf der einen Seite ganz legal Demonstrationen anmeldete, als Redner auftrat, während bereits Sprengstoff und Waffen bereit lagen für geplante Attentate.


Stimmzettel

für die Wahl der Vertretung des Stadtbezirks
5 Nippes

in Köln am 16. Oktober 1994

Nur eine Partei oder Wählergruppe ankreuzen, sonst ist Ihre Stimme ungültig.

Hier ankreuzen

4	Manfred Skutta Günther Bornheim Carl Scholven	F.D.P.	
	Humanistische Partei		
5	Volk und Heimat Joachim Meyer Thomas A. Frank Stiewink	HP	
		Deutsche Liga	
7	Alternative Liste Sabine Weinhold Olaf Bärtz	AL Köln	
	WIR-KÖLNER BÜRGER-GEMEINSCHAFT		

Der Fall A. wirft aber auch noch einmal ein bezeichnendes Licht auf die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“, die 1994 zum Glück nicht wieder in den Rat der Stadt kam. 2 % war damals zu wenig. Inzwischen ist die 5%-Hürde gefallen. Die führenden Kader der DLVH Manfred Rouhs und Markus Beisicht versuchen heute mit der „Bürgerbewegung Pro Köln“ erneut kommunal Einfluss zu bekommen. Sie haben bereits ihre Liste für die Kandidatur zur Kommunalwahl im September 2004 aufgestellt und kündigen an, aus der Kommunalwahl „eine Kampfabstimmung gegen die geplante Großmoschee“ zu machen. Sie kandidieren auch für alle Bezirksvertretungen, im Bezirk Köln-Nippes diesmal Manfred Rouhs selbst und Joachim Meyer, der – wie ein Blick auf den Wahlzettel zeigt – auch 1994 dabei war.

Im Verfassungsschutzbericht NRW für das Jahr 2001 heißt es: „Pro Köln versucht sich durch Aktionen mit vordergründig kommunalpolitischem Bezug zu profilieren. Die Organisation stellt sich gerne als bürgernah und konservativ dar, was aber ihre enge Kooperation mit der Neonazi-Szene nicht verdecken kann.“ Und: „Pro Köln ist als ein Ableger der in den vergangenen Jahren bedeutungslos gewordenen ‚Deutschen Liga für Volk und Heimat‘ zu werten. Der Verein wird maßgeblich von DLHV-Mitgliedern und Ex-Funktionären der DLHV getragen. Hintergrund der Vereinsgründung war die beabsichtigte Teilnahme an Kommunalwahlen.“[5]

Bleibt zu hoffen, dass die öffentliche Aufmerksamkeit durch den Mordfall Organisationen wie „Pro Köln“ den Anstrich von Bürgerlichkeit nimmt, den sie sich zu geben versuchen, und der Einzug von Neofaschisten in den nächsten Stadtrat verhindert werden kann. *u.b.* ■

1 KStA 17.10.03
2 KstA 16.10.03
3 KstA 17.10.03
4 KstA 17.10.03
5 VS-Bericht NRW 2001, Seite 81

Nazis und die „Wehrmachts-ausstellung“ in Dortmund

Seit dem 19. September gastiert die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-44“ im Dortmunder Museum für Kunst und Kulturgeschichte, die Ausstellung wird von massiven Protesten und Aktionen von Neonazis und anderen Rechtsradikalen begleitet.

Bereits einen Tag nach der Ausstellungseröffnung demonstrierten über 800 Neonazis im Dortmunder Westen (wir berichtete, siehe auch AN 21-03, red.).

Mit der Eröffnung der Ausstellung einhergehend tauchen immer häufiger Neonazi-Flugblätter an den Dortmunder Schulen auf, die DVU verteilt außerdem, geschützt von der Polizei, täglich ihre Flugblätter unmittelbar vor dem Eingang der Ausstellung.

Als Organisator der Neonazi-Proteste zeigt sich insbesondere die „Kameradschaft Dortmund / Nationaler Widerstand Dortmund“ verantwortlich. Führender Kopf dieser Gruppe ist der bekannte Neonazi Siegfried „SS-Sigi“ Borchardt. Obwohl dieser offenbar endlich eine seit längerem offenstehende Haftstrafe angetreten hat, ist die Kameradschaft weiterhin aktiv.

Im Vorfeld der Ausstellung hatten die Neonazis vollmundig für jeden Samstag eine Kundgebung oder Demonstration angemeldet, nach der Demonstration am 20. September fand am 27. September unter Beteiligung von etwa 100 Neonazis die erste stationäre Kundgebung am Platz von Buffalo statt.

Die angekündigte Kundgebung am 4. Oktober mussten die Neonazis offenbar ausfallen lassen, lediglich ein gutes Dutzend Uninformierter streunte durch die Stadt. Am 11. Oktober beteiligten sich erneut etwa 80 Neonazis an einer stationären Kundgebung. Neben Rednern aus der Region gaben sich auch der Hamburger Christian Worch und Axel Reitz von der Kameradschaft Köln, „Kampfbund deutsche Sozialisten“ die Ehre. Die Polizei unterband auch hier die Verhinderung der Kundgebung, zwei Antifaschisten wurden unter der Anschuldigung Steine geworfen zu haben festgenommen.

Parallel zu den Aktionen der Neonazis agitiert auch die bereits erwähnte DVU gegen die Ausstellung. Eine von der DVU ausgerichtete Gegenveranstaltung im Ausstellungsgebäude (Mit ihren Sitzen im Stadtrat kann sich die DVU diese Räume besorgen) wurde von AntifaschistInnen massiv behindert und konnte so lediglich von 15 Rechtsradikalen besucht werden. Die Zusammenarbeit von DVU und Neonazis zeigt sich nicht zuletzt daran, dass bekannte Nazi-Skins als Saalschutz fungierten.

Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten die Neonazi-Aktionen offenbar am gestrigen Nachmittag (13.10.), nachdem es bereits in der Nacht zuvor zu Hakenkreuz-Schmierereien im Eingangsbereich der Ausstellung kam, musste die Ausstellung gestern nach einem Buttersäure-Anschlag geräumt werden und ist nun vorübergehend geschlossen!

Das Ende der rechtsradikalen Aktionen ist damit allerdings noch nicht erreicht. Bis zum Ende der Ausstellung am 2. November sind von Seiten der Neonazis noch mindestens drei Aktionen geplant:

Am 18. Oktober findet ab 18.00 Uhr die nächste Stationäre Kundgebung am Platz von Buffalo statt, die Neonazis treffen sich um 17.00 Uhr am Nordausgang des Hauptbahnhofs und gehen dann von dort zu ihrem Kundgebungsplatz. Das Dortmunder BGR und Autonome AntifaschistInnen treffen sich ebenfalls um 17.00 am Nordausgang für Gegenaktionen.

Am 25. Oktober steht der zweite große Nazi-Aufmarsch an, die Nazis treffen sich um 10.00 am Hafen, P+R Parkplatz Speestraße.

AntifaschistInnen rufen auf den Aufmarsch zu verhindern. Treffpunkt für die Gegendemonstration ist um 10.30 Uhr am Platz der alten Synagoge. Neben den Aktionen gegen die Nazis soll mit dieser Demonstration gleichzeitig eine Kritik an der neuesten Form deutscher Vergangenheitsbewältigung formuliert, und auch die Rolle der Ausstellung in diesem Kontext thematisiert werden.

Aktuelle Infos hierzu und Mobilisierungsmaterial unter www.no-nazis.de

Am 24. Oktober, dem Vorabend der Demonstration findet im Museum für Kunst und Kulturgeschichte die zweite Gegenveranstaltung der DVU statt, mit dem Erscheinen einer Vielzahl von Neonazis ist auch hier zu rechnen...

Es liegt an uns, die Nazis in ihrem Treiben aufzuhalten. Kommt zu den Gegenaktionen!

AntifaschistInnen aus Dortmund
indymedia-Bericht (gekürzt) ■

Erwin K. Scheuch und die „Junge Freiheit“

Die gesamten bürgerlichen Medien bis zur taz würdigen den verstorbenen Kölner Soziologen Erwin K. Scheuch. Scheuch war in zahlreichen Vorständen von Instituten der Sozialforschung und war auch Direktor des Kölner Instituts für Angewandte Sozialforschung. Sein Nachfolger Heiner Meulemann erklärt ihn jetzt gar zum „Elder Statesman“.

Dem möchten wir dann doch widersprechen. Erwin Scheuch war immer ein Erzreaktionär, auch wenn dies der Kölner Stadt-Anzeiger in Frage stellt und meint, dass Scheuch nicht mehr als „‚Linksfresser‘ von ehedem zu erkennen“ sei.

Scheuch hat der rechtsextremen Zeitung „Junge Freiheit“ mehrfach Interviews gegeben, und was noch viel gefährlicher ist, er hatte mit diesen Kräften ein gemeinsames theoretisches und ideologisches Interesse. In der Ausgabe der Jungen Freiheit vom 3. Oktober 2003, also kurz vor seinem Ableben, griff er die NRW Landesregierung an: „Der Begriff ‚Neue Rechte‘ wird nämlich diffamierend verwendet.“ Und wie in alten Zeiten griff er zahlreiche eingeladene Referenten zu einer Tagung des NRW-Verfassungsschutzes über Rechtsextremismus inhaltlich und auch sehr persönlich an. Scheuch stört die These: Der Rechtsextremismus kommt aus der Mitte der Gesellschaft. Deshalb griff er auch Wolfgang Gessenharter, Prof. an der Universität der Bundeswehr in Hamburg, in dem besagten Interview an: „Folglich rückte er in der Vergangenheit wiederholt nicht nur CDU-Politiker, sondern auch Redakteure der Welt wie auch der FAZ … in dessen Nähe.“

Hat Scheuch nicht selber den Beweis dafür angetreten, dass seine These falsch ist, indem er der rechtsextremen Zeitung „Junge Freiheit“ nicht irgendwelche Interviews zu soziologischen Fragestellungen gab, sondern mit der „Jungen Freiheit“ gemeinsame Sache machte? Und dies nicht zufällig, sondern seit einigen Jahren sehr bewusst.

Jörg Detjen ■

Schill-Partei-Chef Mario Mettbach in Bremerhaven:

„Wir sind froh, dass wir Schill haben“

Ein klares Bekenntnis zu Ronald Schill hat Mario Mettbach abgelegt – und das trotz der Affäre um den entlassenen Innensenator. Mettbach ist Bundesvorsitzender der auch als „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ auftretenden Schill-Partei – und er amtiert in Hamburg als Senator für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung sowie als 2. Bürgermeister.

Auf einer öffentlichen Parteiveranstaltung in Bremerhaven bezeichnete Mettbach seinen Vorgänger im Vorsitzenden-Amt und einstigen Senatskollegen als „Motor der Partei“. Und er setzte nach: „Wir sind froh, dass wir ihn haben.“ Mario Mettbach zufolge liegt es ausschließlich an Schill, ob der sich auch künftig so stark für die „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ einsetzen werde: „Wenn er weiter mitmachen will, dann hat er jede Chance dazu.“

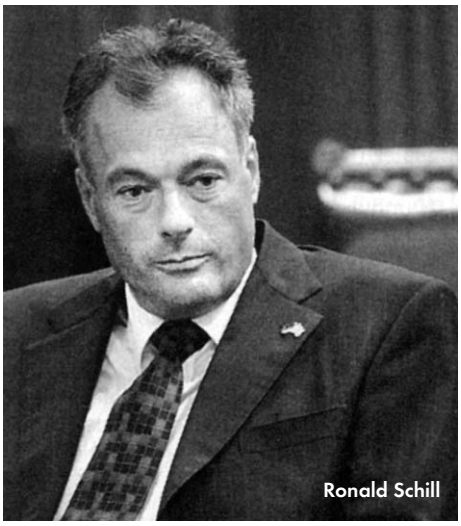
Im Übrigen sei es für die Schill-Partei eine Selbstverständlichkeit, dass sie ihrem hamburgischen Landesvorsitzenden und Ehrenbundesvorsitzenden „in einer menschlich schwierigen Situation“ Beistand leiste. Immerhin: Trotz des „Eklats“ um Ronald Schill habe die Partei Handlungsfähigkeit bewiesen, sei „entgegen mancher Unkenrufe nicht auseinander gebrochen“.

Dass die auch von Mettbach öffentlich geäußerte Empörung über die Behauptungen Schills in punkto einer angeblichen homosexuellen Beziehung des hamburgischen Regierungschefs Ole von Beust wohl nicht ganz so ernst gemeint war, belegte eine von Mettbach gerissene „Zote“. Unter dem Gejohle des Publikums sagte der Bau- und Verkehrssenator über seinen Ersten Bürgermeister und Senatspräsidenten: „Ich bin der Meinung, dass es zu wenige Frauen in der Politik gibt. In dieser Beziehung bin ich ja anders gestrickt wie Ole von Beust.“

In seiner Rede in Bremerhaven unternahm Mario Mettbach, früher Vizechef des CDU-Ortsvereins Hamburg-Jenfeld, christdemokratischer Abgeordneter in der Bezirksversammlung Wandsbek und später Gründungsmitglied der Statt-Partei, einen Streifzug durch die Programmatik und den politischen Forderungskatalog der Schill-Partei.

Er sprach sich für eine Direktwahl des Bundespräsidenten und das Bürgerbeteiligungs-Instrument der Volksentscheide aus. Außerdem machte sich der ehemalige Berufssoldat für eine weit gehende Privatisierung staatlicher Aufgaben und eine massive Förderung von Eliten stark.

Mit Blick auf das schlechte Abschneiden deutscher Schüler bei der Pisa-Studie beklagte Mettbach die „ungeregelte Zuwanderung“ in der Bundesrepublik. Zuvor hatte bereits auf der gleichen Veranstaltung der Bremerhavener Schill-Politiker Thomas Schulz, erfolgloser Spitzenkandidat bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung Ende September und 2. stellvertretender Landesvorsitzender, davor gewarnt, „Subkulturen zuzulassen, die sich gegen unsere Werte


Ronald Schill

richten, indem sie zum Beispiel das Schächten von Tieren zulassen“.

Über das Ausländer-Thema schlug der Bundesvorsitzende der Schill-Partei eine Brücke zur deutschen Vergangenheit. Seine Meinung: „Man muss zu seiner Geschichte stehen, aber ich bin nicht ein Leben lang dafür verantwortlich, dass es mal einen Adolf Hitler gab.“ Und: „Andere Länder waren im Zweiten Weltkrieg keinen Deut besser, doch die haben ein anderes Selbstverständnis.“

Einen gewissen Schwerpunkt in der Mettbach-Ansprache in Bremerhaven nahm die Pressefreiheit ein. Nach Überzeugung des Hamburger Bau- und Verkehrssenators, der unter anderem wegen eines Artikels für die rechtsradikale Zeitung „Junge Freiheit“ in den Medien scharf kritisiert worden war, muss der Informantenschutz fallen und das Presserecht reformiert werden. „Die Medien“, äußerte der Politiker, „sollen gezwungen werden, tatsächlich neutral zu berichten.“ In dieser Hinsicht besteht von seiner Warte aus höchster Handlungsbedarf.

Thomas Klaus ■

Landgericht verurteilte Ex-NPD-Chef Deckert

CHEMNITZ. Der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert (63) muss 250 Euro Strafe zahlen – wegen Verstrickungsbruchs. Das entschied am 30.9. das Landgericht Chemnitz. Die Richter bestätigten damit ein Urteil des Amtsgerichts Freiberg, gegen das Deckert in Berufung gegangen war.

Der mehrfach vorbestrafte und lange Zeit in der Rhein-Neckar-Region agierende NPD-Mann hatte im Juni 2002 öffentlich ein Siegel des Landratsamtes Freiberg entfernt. Die Behörde hatte einen alten Gasthof in Brand-Erbisdorf gesperrt, den Deckert zu einer rechtsnationalen Begegnungsstätte umbauen will.

Garfield – Quelle: Chemnitzer Morgenpost Mittwoch, 1. Oktober 2003 ■

Naziübergriff in Neustadt an der Weinstraße

NEUSTADT. In der Nacht vom 27. auf den 28.9.03 kam es zu einem faschistischen Übergriff auf BesucherInnen einer Punk/Ska-Party in Neustadt an der Weinstraße. Dabei wurde eine junge Frau von Nazis verletzt.

Nach einer Veranstaltung im selbstverwalteten Jugendzentrum in Neustadt wurden mehrere BesucherInnen, die sich auf dem Heimweg befanden, am Bahnhof von einer Gruppe Nazis, Skinheads und Hooligans angegriffen. Dabei wurde einer jungen Frau das Nasenbein gebrochen. Sie musste zur ambulanten Behandlung ins Krankenhaus.

Bezeichnend war vor allem die Reaktion des Bundesgrenzschutzes am Neustädter Bahnhof, die man schlicht als unterlassene Hilfeleistung bezeichnen könnte. Der Naziübergriff fand genau vor dem Gebäude statt, in dem der BGS untergebracht ist. Die anwesenden Beamten warfen kurz einen Blick aus dem Fenster, ohne jedoch den Angegriffenen zu Hilfe zu eilen.

Gewalttätige Übergriffe auf alternative Jugendliche sind Alltag in der Vorderpfalz. Gerade bei Weinfesten kommt es immer wieder zu Angriffen auf junge Menschen, die nicht ins Weltbild der Nazis passen. Dazu passt auch die ‚Nicht-Reaktion‘ der Polizei. Wie viele rassistische Übergriffe werden nicht als solche bekannt? Wie oft hat die Neustädter Polizei noch weggeschaut? Weil nicht sein kann, was nicht sein darf. So scheinen Bevölkerung und Behörden mit der rechtsextremen Jugendkultur in der Vorderpfalz umzugehen.

JUZ Mannheim ■

Aus Gamma News 17-2003: Naziaktivitäten und Gegenaktionen

JENA, 4.10. Zwischen 50 und 100 Nazis haben am „Herbstfest“ des „Nationalen Widerstands Jena“ teilgenommen. Es gab am Steinkreuz beim Fuchsturm im Wald um Jena so Dinge wie Waldlauf mit Stationen, Kinderzelt und – natürlich – Bratwurst.

GERA, 4.10. Vermutlich im Zusammenhang mit dem Jenaer Nazi-Herbstfest (s.o.) gab es im Geraer Südbahnhof ein Skinheadkonzert, das nach einem Tip von Journalisten durch die Polizei aufgelöst wurde. Die Personalien der ca. 200 Teilnehmer wurden aufgenommen. Das Konzert sollte ursprünglich in Heldrungen stattfinden, war dort aber verboten worden. (Ostthür. Ztg. 6.10.)

LEIPZIG/SCHKEUDITZ, 3.10. Zum zehnten Aufmarsch von Christian Worch und Konsorten kamen ca. 270 TeilnehmerInnen. Etwa 1.000 PolizistInnen beschützten die Demonstration. Insgesamt waren ca. 300 Antifas unterwegs, die die Nazis protestierend begleiteten, es kam zu vereinzelten Blockadeversuchen, die jedoch schnell wieder aufgelöst wurden. An den Protestaktivitäten von Stadt und Kirche nahmen einige Hundert Menschen teil. Die Nazis stiegen im Anschluss in einen Zug nach Schkeuditz, um dort einen weiteren Aufmarsch durchzuführen. Organisiert wurde der Zug vom Hallenser Nazikader Sven Liebich, Entgegen den Beteuerungen auf Nazi-Webseiten kam es aber auch hier nicht zu spontanen Sympathiebekundungen oder gar Teilnahme durch die zahlreichen Schaulustigen.

Noch in diesem Jahr sollen in Schkeuditz vier weitere Aufmärsche stattfinden.

DRESDEN. Das „Nationale Bündnis Dresden“ mobilisiert für den 8. November zu einem Aufmarsch gegen die Umgestaltung des Heeresmuseums durch den Architekten Daniel Libeskind. Motivation der Nazis: Libeskind ist Jude. Sie wollen sich am Museum für Stadtgeschichte treffen, Infos zu Gegenaktivitäten folgen oder sind auf venceremos.antifa.net zu finden.

NÜRNBERG. Gerd Ittner, Organisator des Aufmarsch-Reinfalls vom 6.9. in Nürnberg, wo nur 120 statt 800 Nazis angetanzt waren, will Rache. Auf Nazi-Websites kündigte er jetzt eine „Demo-Lawine“ für Nürnberg an. Der erste Aufmarsch soll am 29. November stattfinden, parallel zum Weihnachtsmarkt. Treff ist 13 Uhr Bahnhofsplatz.

aus gamma - news 17-03 des antifa infotelefons leipzig, - 8.10.2003 ■

Seminar am Wochenende 13. und 14. Dezember 2003 in Leverkusen:

„Der Verfassungsschutz und sein Verfolgungswahn – Schlapphüte contra Demokratie“

Wer die Berichte des VS liest, wer die Rolle des VS beim NPD-Verbotsverfahren beobachtete, könnte glauben, die Hunderte von Beamten des VS wären zu dumm, um einen Eimer Wasser umzuschütten. In Abwandlung eines 68-er Spruchs muss es aber heißen: „Der VS macht keine Fehler, er ist der Fehler“. Unsere Kritik am VS und seiner Arbeitsweise kann sich weder in flotten Sprüchen (nur wer im VS-Bericht steht, ist ein Linker) noch in Glaubensbekenntnissen (die spinnen) erschöpfen. Dieses Seminar soll Argumente für die tägliche Auseinandersetzung mit der Links-Rechts-Gleichsetzung, der Stigmatisierung antifaschistischer Arbeit als verfassungsfeindlich und der hilfreichen Arbeit des VS für die Rechtsentwicklung der BRD erarbeiten. Die Ergebnisse des Seminars werden als Broschüre veröffentlicht.

Veranstalter:
Kommission Neofaschismus der VVN-BdA NRW und Hartmut-Meyer-Archiv.
Kosten: Pro Tag 10,00 Euro + Übernachtung 10,00 Euro.

Themen:

1. Geschichte und Arbeitsweise der deutschen Geheimdienste
2. Extremismus der Mitte – mehr als ein Streit um Worte
3. Antifaschismus als Beobachtungsobjekt
4. VS-Berichte – was sie verschweigen
5. Ausländer reimt sich auf Extremismus
6. VS und Nazis – wer war zuerst da: Henne oder Ei?
7. Rechte Kritik am VS
8. Ich will meine Akte! Über die Auskunftspflicht der Geheimdienste in Ost und West
9. Was tun, wenn der VS-Spitzel anwirbt?

Die ReferentInnen werden Mitte November bekannt gegeben.

Schriftliche - verbindliche - Anmeldung bis 7.12.2003 über die VVN-BdA NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal E-Mail: vvn-bdanrw@freenet.de.

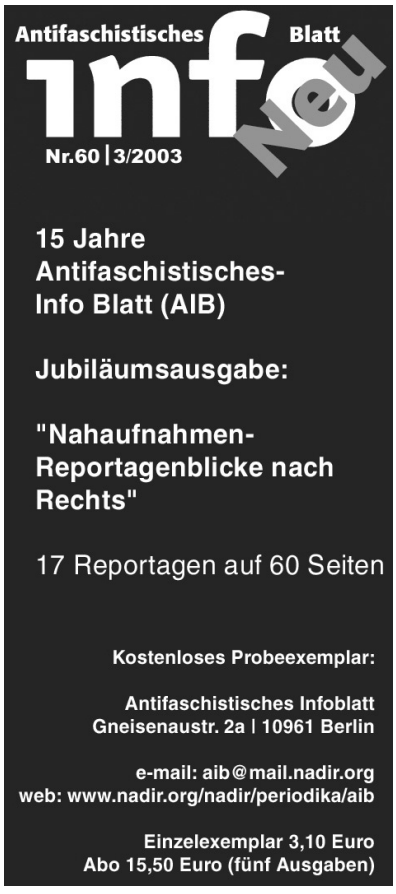
Wen das Wahlglück verlässt...

ÖSTERREICH. Von einem Wahldebakel zum andern schlittert momentan die FPÖ: Nachdem sie bereits bei den Wahlen des letzten Jahres erhebliche Verluste einfahren musste, hat sie sich in dieser Hinsicht bei den Ende September stattgefunden habenden Landtagswahlen in Oberösterreich und Tirol noch einmal „gesteigert“. Satte 11,6 Prozent verloren die Freiheitlichen in Tirol und liegen dort nur mehr bei 8 Prozent, in Oberösterreich waren es gar 12,2 Prozent (nun 8,4 Prozent).

Dabei half es auch nicht, dass die FPÖ teilweise zu recht unorthodoxen Werbemethoden griff: In der oberösterreichischen Gemeinde Kremsmünster wurden die potentiellen WählerInnen mit 20 Euro Belohnung für den Besuch einer Wahlkampfveranstaltung angelockt. Immerhin konnte die ansässige FPÖ somit die Verluste im einstelligen Prozentbereich halten.

Besonders bitter für die strammen Recken von rechts außen: In beiden Ländern wurden sie von den Grünen als drittstärkste Kraft abgelöst, diese konnten in Tirol ihren Stimmenanteil beinahe verdoppeln und halten nun bei 15,5 Prozent WählerInnenanteil. In Oberösterreich profitierte vor allem die SPÖ von einer durchgehend ausländerfeindlich geführten Diskussion um den Verkauf der Staatsanteile des Stahlkonzerns VÖST.

Doch bevor der Eindruck eines großen Umsturzes in der österreichischen Parteienlandschaft entsteht: In beiden Ländern konnte die größere Regierungspartei ÖVP ebenfalls – wenn auch nur leicht zulegen, in Tirol sogar mit 49,9 Prozent die absolute Mehrheit erobern, in Oberösterreich reichte es hingegen „nur“ zu 43,4 Prozent. *www.raw.at, Newsletter der Rosa Antifa Wien* ■



Der FN im Wahlkampf

Droht die Übernahme von Regionalregierungen durch die extreme Rechte?

„Popeye“ ist genervt. Den Spitznamen des Spinatmatrosen trägt seit vielen Jahren der „alte Haudegen“ Roger Holeindre, Veteran der französischen Kolonialkriege, der beim Front National (FN) den parteinahen Militaristenverband CNC betreut. Heute regt der alte Herr sich auf. Denn die Spitzenvertreter des FN aus dem Raum Paris sind auf einem Ausflugsboot versammelt, das auf der Seine herumschippert, um den Wahlkampf für die Regionalparlamentswahlen im kommenden März zu eröffnen. Wir schreiben Freitag, den 3. Oktober. Die Presse ist auch dabei.

Grund der Empörung: Die rechtsextremen Politiker wollten sich gern zum Abschluss mit dem Eiffelturm fotographieren lassen. Den aber verdeckt unpassenderweise eine Brücke, der Pont d’Iéna. „Natürlich! Delanoë hat uns diese Scheißbrücke hingepflanzt!“ Doch der sozialdemokratische Bürgermeister der Hauptstadt kann dieses Mal gar nichts für die Ungemach. Der Schuldige sitzt woanders, oder eher, er liegt unter dem Invalidendom: Napoleon hatte die „Jeaner Brücke“ an die Stelle bauen, und nach dem Ort einer seiner Schlachten benennen lassen. Bravo, Herr Nationalist: Man kennt eben „seine“ Geschichte.

■ Le Pen in Südostfrankreich

Das Bootfahren scheint in jüngster Zeit zum festen Bestandteil des Rituals rechtsextremer Wahlkämpfe zu werden. Begonnen hatte damit der Parteigründer und unbestrittene -chef, Jean-Marie Le Pen. Am 18. September 03 ließ er in Nizza, bei strahlendem Sonnenschein, die Yacht „Star-Côte d’Azur“ auslaufen und eine dreistündige Tour durch die Bucht unternehmen, um seine Kandidatur für die Präsidentschaft der Region Provence-Alpes-Côte d’Azur (PACA) zu eröffnen. Mit an Bord: Zwei seiner drei Töchter – die dritte, Marie-Caroline, ist verstoßen, da mit einem ehemaligen Führungsmitglied der Abspaltung unter Bruno Mégret verheiratet –, die Regionalparlamentarier des FN in Südostfrankreich, die örtlichen Parteikader aus Nizza. Und einige Journalisten. Denen vertraute er auch – halb spaßend und halb ernst – an, warum er seinen Wahlkampf auf diese Weise zu Wasser eröffne: „So kann die Presse nicht gehen, bevor es zu Ende ist, selbst wenn Sie nicht interessiert, was ich sage.“

Tatsächlich scheint es sich vor allem um ein Mittel verstärkter Personalisierung des Wahlkampfs, um einen vor allem auf Le Pen (Vater) zugeschnittenen Politikstil zu handeln. Auch Marine Le Pen tat es ihm nach. Im Übrigen auch sein ehrgeiziger Schwiegersohn Samuel Maréchal, der mit der mittleren Tochter (Yann) verheiratet ist. Er tauchte kürzlich aus jahrelanger politischer Versenkung wieder auf und kandidert jetzt für die Regionalpräsidentschaft in der Region der unteren Loire (Pays de la Loire) um Nantes. Auch er eröffnete seinen Wahlkampf Ende September durch eine Schiffstour auf der Loire.

Le Pen sieht sich bereits auf dem Siegertreppchen, was das Ringen um die Regionalpräsidentschaft von PACA betrifft. Der Präsidentenstuhl steht in Marseille, aber da der Spitzenkandidat sich seinen Wahlkreis aussuchen kann, hat der FN-Vorsitzende sich für das Département von Nizza (Alpes-Maritimes, also den Meeralpenbezirk) entschieden, wo der rechtsextreme Stimmenanteil schon immer hoch war, unter anderem wegen des Gewichts der früheren französischen Militärs und Siedler in Algerien. Als „politische Großwildjagd“ hat Le Pen seine Kandidatur bereits am 6. September angekündigt, im Hinblick auf den derzeitigen sozialistischen Regionalpräsidenten Michel Vauzelle und den konservativen Spitzenkandidaten Renaud Muselier, der derzeit in Paris Staatssekretär (für auswärtige Angelegenheiten) in der Regierung Raffarin ist.

Viele Medien berichteten Mitte September auch über den Wahlkampf Le Pens, als habe er tatsächlich ernsthafte Aussichten, die Region PACA zu regieren. Die Tageszeitung „20 minutes“ etwa (eines dieser kostenlosen Blätter, das morgens kostenlos an den Metro-Eingängen verteilt wird) machte am 19. September mit dem Titel auf: „Der Chef des Front National hat ernsthafte Chancen, an die Spitze der Region (PACA) zu rücken“.

■ Welche politischen Kräfteverhältnisse trifft Le Pen in PACA an?

Tatsächlich hat Le Pen bei den französischen Präsidentschaftswahlen vom April 2002 in PACA unter allen Kandidaten an der Spitze gelegen, mit 23,4 Prozent der Stimmen. Im zweiten Wahlgang hatte er nochmals zugelegt und rund 27 Prozent erhalten. Allerdings war die Landschaft bei der Präsidentschaftswahl von einer starken Aufsplitterung geprägt, da die denkbare Höchstzahl an politischen Kräften mit eigenen KandidatInnen vertreten war. So gab es drei Kandidaten auf der radikalen Linken, fünf Kandidaten aus dem damaligen Regierungslager (Mitte-Links, von der KP über die Sozialdemokratie bis zu den Linksnationalisten), fünf aus dem Bürgerblock und zwei aus der extremen Rechten sowie einen Kandidaten der Jäger-Liste. Eine so starke Auffächerung des politischen Spektrums dürfte es am 21. März 2004 vermutlich nicht geben, womit die Chancen des FN geringer werden, auf den ersten Platz zu kommen. Andererseits wird auch die Aufsplitterung der Stimmenanteile auf der extremen Rechten selbst geringer ausfallen, da dem Faktor „Bruno Mégret“ jetzt noch geringere Bedeutung zukommt als vor anderthalb Jahren. Zwar hat Mégret bereits angekündigt, gerade auch in PACA Kandidaten aufstellen zu wollen. Doch nach den Mini-Ergebnissen für Mégret selbst als Präsidentschaftskandidat und für seine Partei (bei den späteren Parlamentswahlen) sowie nach dem Verlust des Rathauses von Vitrolles im Herbst 2002 dürfte er Le Pen kaum noch im Weg stehen können.

Aber die wirklichen Siegesaussichten des FN müssen dennoch gedämpft werden. Nach einer Umfrage des Institus CSA hätten Mitte August dieses Jahres im ersten Wahlgang 20 Prozent der Wähler in PACA für Le Pen gestimmt (bei den letzten Regionalwahlen, im März 1998, waren es 26,5 Prozent). Die Linkskoalition aus Sozialisten, KP und Grünen hinter Michel Vauzelle würde demnach 33 Prozent und die bürgerlichen Parteien 37 Prozent erhalten.

Und im Fall einer Stichwahl zwischen diesen drei Blöcken würden demnach der FN 21 Prozent, die bürgerliche Rechte 39 Prozent und die Linkskoalition 40 Prozent erhalten. Allerdings sind auch diese Zahlen mit Vorsicht zu genießen. Erstens ist dabei noch nicht berücksichtigt, dass der FN in Umfragen oftmals unterbewertet ist, da es so etwas wie einen „Schameffekt“ bei manchen seiner Wähler gibt, sich öffentlich zu bekennen (der freilich in Südostfrankreich schwächer ausfallen dürfte als anderswo). Und zweitens hatte Mitte August der FN noch kaum mit seinem Wahlkampf begonnen – den ersten Auftritt in PACA hatte Le Pen bei einem lokalen FN-Fest (Fête tricolore) in der Crau-Steppe bei Marseille am 6. September, an dem zwischen 1.000 und 2.000 Beuscher teilnahmen.

Und auf der landesweiten politischen Bühne war Le Pen seit einem guten halben Jahr völlig abwesend. Während der sozialen Konflikte im Frühjahr 2002, u.a. den Streiks gegen die Renten“reform“, hatte Le Pen sich in der Öffentlichkeit eher bedeckt gehalten. Seine Positionen konnte kennen, wer sie wissen wollte – er unterstützte die wirtschaftsliberalen Optionen der Regierung und überholte sie sogar noch „rechts“ (hier: im wirtschaftsliberalen Sinne). Da dies aber gerade in der, im Durchschnitt eher sozial schlecht gestellten, FN-Wählerschaft nicht nur Freude hervor gerufen hätte, hielt Le Pen sich mit lauten Tönen in der Öffentlichkeit eher zurück. Seit Mitte September aber läuft die „Maschine Le Pen“ wieder warm, und die Spalten der Zeitungen sind erneut voll von Nachrichten über die Le Pens.

■ Le Pen (Papa) bleibt verquast

Anlässlich seines ersten Auftritts am 6. September in PACA, in Saint-Martin-de-Crau, machte Le Pen deutlich, wie stark er mittlerweile auf teilweise irrationale Erwartungen baut, die in der Tradition der rechten bzw. populistischen Idee vom „homme providentiel“ (Mann der Vorsehung) stehen, welcher in der entscheidenden Stunde vom Schicksal auserkoren werde, die Nation zu retten. Im August

hatte es rund 15.000 Hitzetote in Frankreichs Krankenhäusern und Altenheimen gegeben – ein Zeichen für die Funktionsstörungen des öffentlichen Gesundheitssytems, die u.a. daraus resultieren, dass es durch die Sparpolitik ausgetrocknet wurde. Dass Le Pen diesen Skandal auszuschlachten versucht (und dabei von „Kriminellen“ und Verantwortungslosen in der Regierung spricht), erscheint normal.

Aber seltsam mutet an, was er vor der Presse ferner zum Besten gab: „Ich glaube fest, dass die Tatsache, dass Präsident Chirac sich Mitte August lange nicht zu dem Geschehen äußerte, verrät, dass er dazu mehrere Tage lang geistig oder körperlich nicht in der Lage war. Dass es einige Tage ein Vakuum an der Spitze gegeben hat.“ Und was, wenn Chirac, der zu jener Zeit im kühlen Kanada weilte, schlicht seine Ruhe haben wollte und die Verantwortung auf seine Minister abwälzte? Tatsächlich deutet Le Pen seit Mitte der Neunziger Jahre öfters an, er rechne mit einer Überraschung, „möglicherweise vorgezogenen Wahlen“, einer Amtsunfähigkeit des Präsidenten – ein Zeichen, wie sehr er mittlerweile auf solche Prophezeiungen baut.

Ansonsten hat Jean-Marie Le Pen betont, er habe „bereits damit begonnen, das Verwaltungspersonal zu rekrutieren, um die Region PACA zu regieren“. Zugleich betonte er anlässlich seiner Schiffstour vom 18. September, ein Regionalpräsident habe „wenig Macht“, da er von Gesetzestexten und Budgetmitteln abhänge (was natürlich zutrifft). Damit wollte Le Pen wohl noch nicht seine politischen Ambitionen herunterschrauben, sondern vermutlich vor allem vorab klarstellen, dass er PACA im Fall eines Erfolgs vor allem als Sprungbrett hin zur Macht in Paris betrachte. Bezüglich der zum Grundpfeiler des FN-Programms erhobenen „préférence nationale“ (systematischen Bevorzugung der Staatsbürger, z.B. bei Sozialleistungen), die derzeitigen Gesetzes- und Verfassungsbestimmungen wegen ihres diskriminatorischen Gehalts widerspricht, erklärte er, er „werde das Gesetz respektieren“. Dennoch halte er an ihrer Notwendigkeit fest („Wir sind bereits zu viele im Boot“).

Als Ziele seines Wirkens in PACA malte Le Pen aus, es gehe um „das Überleben Frankreichs gegenüber den Kriminellen und den Islamisten, damit die Franzosen endlich wieder Herr im eigenen Hause werden“. Er kündigte an, künftig auch gegenüber bisherigen politischen Gegnern nicht nachtragend zu sein, falls sie in der Region loyal mit ihm zusammenarbeiten würden. Ferner solle die FN-Liste zum Regionalparlament angeblich für Kandidaturen außen stehender, unabhängiger Persönlichkeiten geöffnet werden. Bekannt wurde bisher nur ein einziger Name, jener der Ex-Schauspielerin und heutigen fanatischen Tierschützerin Brigitte Bardot – deren Sympathien für Le Pen seit Jahren keinerlei Geheimnis mehr darstellen. Diese aber hat in einem Antwortschreiben an Le Pen höflich, aber bestimmt abgelehnt. Nicht tragisch, meinte Le Pen, man werde nunmehr einfach ihren Gatten bitten. Der aber, Bernard d' Ormal (mit dem „die Bardot“ seit 1992 verheiratet ist) hat ohnehin seit langen Jahren eine Mitgliedskarte beim FN. Dass er wirklich kandidiert, konnte bisher nicht bestätigt werden; Le Pen gab sogar öffentlich an, der Bardot-Gatte sei bisher nicht auf das Angebot eingegangen („Le Monde“ vom 23.9.03), vielleicht aus Altersgründen oder mit Rücksicht auf die Tierschutz-Stiftung seiner Frau.

Es kam auch bereits zu Gegendemonstrationen und Protesten gegen Auftritte von Jean-Marie Le Pen in der Region PACA. So am 8. Oktober in Gap im Hochalpen-Départements, wo 300 Leute sich versammelten; dabei flogen auch Steine und Tomaten in Richtung des Hotels, in dem Le Pen sich aufhielt, und nach Polizeiangaben ging eine Fensterscheibe kaputt. Auch in Avignon fand am 9. Oktober eine Demonstration statt, die vor allem von Studierenden besucht war.

■ Marine Le Pen im Großraum Paris

In der Region Ile-de-France (dem Großraum Paris) wiederum tritt Marine Le Pen als Spitzenkandidatin an, die jüngste Tochter des alternden Chefs, die mittlerweile recht offen zur politischen Nachfolgerin aufgebaut wird. Damit wurde ihr die zweite, medienträchtige Kandidatur gesichert.

Zugleich arbeitet Marine Le Pen weiter an ihrer medialen Statur, als „Modernisierin“ des FN, wie auch an ihren internationelen Kontakten. Sie weilt derzeit, vom 20. bis 27. Oktober 2003, in den USA – und zwar auf Einladung einer Frauenvereinigung der Republikanischen Partei der USA (siehe Kurzmeldung in „Le Monde“ vom 15.10.03). Kontakte des FN bei den US-Republikanern, jedenfalls auf ihrem Rechtsaußenflügel, sind nicht völlig neu. So hatte Le Pen um die Mitte der 80er Jahre Kontakte zum berüchtigten US-Senator Jessy Helms, der ihn auch 1987 an einer Konvention der US-Republikaner teilnehmen ließ, wo Le Pen sich beim Händedruck mit deren damaligem Herold Ronald Reagan ablichten ließ. Später freilich, in den Neunzigern, hatte der FN eher auf ressentimenthafte antiamerikanische Effekte gesetzt und ward in den USA, in Großbritannien und Israel nicht mehr gern gesehen. Es wird sich zeigen müssen, ob bei Bushs US-Republikanern da etwas am Aufbrechen ist.

Am Samstag, 4. Oktober hatte Marine Le Pen noch, in einem Hotel in Trouville-sur-Mer in der Normandie, eine diskrete Unterredung mit Parlamentariern des belgischen rechtsextremen Vlams Blok gehabt. („L'Humanité“ vom 7. Oktober zufolge).

Anders als in PACA, hat der Front National in der Ile-de-France zu seinem Wahlziel erklärt, den zweiten Platz zu belegen. Zu ihrem Bedauern wird Marine Le Pen in der Ile-de-France vor dem 21. März 2004 nicht mit dem konservativen Innenminister Nicolas Sarkozy, dem derzeit ehrgeizigsten und profiliertesten Vertreter der Rechtsregierung, konfrontiert werden. Die Präsidentenpartei UMP hatte Sarkozy zwar die Kandidatur im Großraum Paris angetragen, aber der hatte nach einigem Überlegen dankend abgelehnt - da er sich zu Höherem berufen sieht und bereits von einer Präsidentschaftskandidatur 2007 oder dem Sessel des Premierministers träumt.

Damit entgeht Marine Le Pen auch die Chance, dem Hardliner in Sachen „Innere

Sicherheit“ – dessen Appell in der eigenen Wählerschaft des FN nicht ungehört verhallt – in direkter Auseinandersetzung entgegen zu treten, um sich an seiner Demontage zu versuchen. Stattdessen wird als konservativer Spitzenkandidat in der Ile-de-France der derzeitige Regierungssprecher Jean-François Copé antreten, der dem Wahlkampf wesentlich weniger Medienaufmerksamkeit sichern wird als der „Star“ Sarkozy.

Das derzeitige Verhalten von Spitzenkandidat Copé, der bei der UMP-Fraktion im Regionalparlament Ile-de-France seit kurzem den Ton angibt, deutet darauf hin, dass die Konservativen sich von rechts her (d.h. vom FN her) unter starkem Druck fühlen. So hat die UMP ihre Haltung im Regionalparlament des Großraums Paris radikalisiert. Sie lehnte jüngst Projekte ab, die sie bereits zugesagt hatte und die mit der derzeitigen, vom Sozialisten Jean-Paul Huchon geführten Regionalregierung oder dem Pariser Rathaus vereinbart waren.

So stimmte die konservative UMP auch zusammen mit den beiden rechtsextremen Abgeordnetengruppen FN und MNR gegen eine Subvention in Höhe von 300.000 Euro an das Europäische Sozialforum (ESF), das vom 12. bis 15. November in Paris sowie drei Vorstädten stattfinden wird. Seit der Abstimmung am 2. Oktober ist jetzt beim ESF drastisches Sparen angesagt, da die Subvention – neben jener der Stadt Paris sowie der Zentralregierung unter Jean-Pierre Rafarin – bereits durch die rechte Zentralregierung im Namen ihrer Parteifreunde versprochen und daher eingeplant worden war. Zwar hatte die

UMP-Fraktion am 2. Oktober nicht den Entschließungsantrag des MNR-Abgeordneten Jean-Yves Le Gallou unterstützt, der eine Verdammung des ESF als eines Unternehmens „der anarcho-trotzkistischen Subversion“ forderte. Doch bei der direkt darauf folgenden Abstimmung über die schon zugesagte Regionalsubvention stimmte die UMP dann, überraschend, zusammen mit der extremen Rechten.

Aus Anlass des Votums vom 2. Oktober wurden auch einige eher beunruhigende Angaben bekannt. Demnach hatte die christdemokratisch-liberale UDF in der Vorwoche eine „vertrauliche“ Befragung im Großraum Paris in Auftrag gegeben. Dabei sollen sich besonders hohe Ergebnisse für den FN in der „Grande banlieue“, d.h. in den in mittlerer und größerer Entfernung (ab 12 bis 15 Kilometern) von Paris gelegenen Trabanten- und Vorstädten abgezeichnet haben. Demnach sollen die Meinungsforscher für das Département Seine-et-Marne, das 15 bis 20 Kilometer östlich von Paris beginnt und eine teils industrielle und teils ländliche Struktur aufweist, über 30 Prozent Wahlabsichten für den Front National festgestellt haben. (Siehe „Libération“ vom 3. Oktober) Der Bezirk Seine-et-Marne aber ist das Hausdépartement von Jean-François Copé, der hier früher Bürgermeister von Meaux war, einer der größeren Städte im Bezirk. Dies hat Copé allem Anschein nach besonders beeindruckt.

Programmatisch hat Marine Le Pen betont, es gehe ihr darum, „das Gewicht der illegalen, aber auch der legalen Einwanderung, das jeden Tag größer wird und unsere Ökonomie mehr erstickt“ zu verringern. Das umstrittene und im Prinzip verfassungswidrige Prinzip der „préférence nationale“ taucht jedoch nicht direkt und explizit auf – Anzeichen der „Modernisierung“?

Der FN will in der Ile-de-France ferner private Sicherheitsgesellschaften in Schulen, wo mitunter Gewaltprobleme herrschen, zu Wachdiensten einsetzen. Er will die katholischen Privatschulen begünstigen, aber auch die Autofahrer gegenüber den öffentlichen Transportmitteln (was als „Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Automobil und öffentlichem Transport“ bezeichnet wird, eine reichlich absurde Darstellung der derzeitigen Verteilung zwischen beiden Beförderungsarten).

Auch in der Ile-de-France ist an eine Öffnung der Listen für so genannte unabhängige Persönlichkeiten gedacht. Bisher fand sich aber nur eine: Jean-Richard Sulzer, wirtschaftsliberaler Ökonomieprofessor an der Universität Paris-Dauphine (Paris-9). Dieser hatte zwar bis vor kurzer Zeit eine Mitgliedskarte der konservativen Einheitspartei UMP, doch seine Nähe zum FN ist nun wirklich keine Überraschung. Sulzer hatte etwa seit Jahren regelmäßig der rechtsextremen Wochenzeitung „Minute“, die als Bindeglied zwischen einem Teil der Konservativen und dem FN-nahen Spektrum gilt, Interviews und Texte zur Verfügung gestellt.

Bernhard Schmid, Paris ■

VVN-BdA trauert um ihren Vorsitzenden Fred Dellheim

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) trauert um ihren Vorsitzenden Fred Alfred Dellheim, Vizepräsident der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), der am 9. Oktober 2003 im Alter von 91 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit in Berlin verstorben ist.

Mit einem Kindertransport war der am 17. Mai 1924 in Mutterstadt, Rheinland-Pfalz, als Kind jüdischer Eltern geborene Fred Dellheim 1939 der Verfolgung durch das NS-Regime entkommen. Seine Eltern und seine ältere Schwester wurden im Konzentrationslager Auschwitz ermordet. Nach Beginn des Krieges war er zwei Jahre als „Ausländer feindlicher Nationalität“ in Kanada interniert. Nach seiner Rückkehr nach London trat er als Freiwilliger der britischen Armee bei, nahm in deren Reihen 1944 an der Landung in der Normandie und bis zur Kapitulation an den Kämpfen gegen Hitlerdeutschland teil.

Im Rheinland nahm der bereits im Londoner Exil Mitglied der dort gegründeten Freien Deutschen Jugend gewordene Fred Dellheim am Aufbau dieser Jugendorganisation teil. Später siedelte er in die DDR über und übernahm dort leitende Funktionen in der Industrie. Bis Dezember 1990 war er Direktor der Werkzeugmaschinenfabrik „7. Oktober“.

Von seinen Kindheitserinnerungen und den Jahren des bewaffneten Kampfes gegen den deutschen Faschismus geprägt, übernahm er im November 1992 den Vorsitz des nach dem Ende der DDR gegründeten „Interessenverbandes der Verfolgten des NS-Regimes, ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand und Hinterbliebenen“ (IVVdN).

In diesen Jahren erwarb er sich auch über die Grenzen Deutschlands hinaus großes Ansehen. Die in Wien ansässige Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) wählte ihn zu einem ihrer Vizepräsidenten. In seiner Heimatstadt Mutterstadt, in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, auf zahlreichen internationalen Veranstaltungen war er ein gefragter und immer wieder überzeugender Zeitzeuge. Mit großer Energie widmete er sich in den letzten zehn Jahren vor allem der Vereinigung der organisatorisch getrennten Ost- und westdeutschen Verfolgtenverbände VVdN-BdA und VVN-BdA. Die im Oktober 2002 dann in Berlin vollzogene Vereinigung betrachtete er als Krönung seines Lebenswerkes. Die Delegierten wählten ihn zu einem ihrer Vorsitzenden.

Die VVN-BdA verliert mit Fred Dellheim einen Menschen, der sein ganzes Leben für eine gerechte Gesellschaft ohne Faschismus, Rassenhass und Krieg gekämpft hat. Sein konsequentes, menschliches und überzeugendes Auftreten ist für unsere Vereinigung Verpflichtung, sich in seinem Sinne weiterhin für die Erfüllung des Schwurs von Buchenwald „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!“ einzusetzen.

Wir nehmen Abschied von unserem Kameraden Fred Dellheim am 29. Oktober 2003 um 12.15 Uhr auf dem Zentralfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde.

Bundesausschuss und Geschäftsführender Vorstand der VVN-BdA ■

Fachtagung des Verfassungsschutzes NRW: „Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?“

DÜSSELDORF. „Intellektuelle Rechtsextremisten sind genauso gefährlich wie brutale Neonazis“, warnte Innenminister Dr. Fritz Behrens auf einer Fachtagung am 8.10.03 in Düsseldorf. „Rechtsextremismus – das ist nicht nur die direkte, körperliche Bedrohung von Andersdenkenden. Intellektuelle Rechtsextremisten wollen die politischen Koordinaten durch Meinungsmache nach Rechtsaußen verschieben“. Die Tagung war im Vorfeld vor allem in der „Jungen Freiheit“ heftig kritisiert worden. Protest aus CDU-Kreisen folgte. Das Innenministerium lade Linksextremisten wie Christoph Butterwegge, Wolfgang Gessenharter und Anton Maegerle ein, so der Vorwurf. (siehe AN ...)

In einer Pressemitteilung zieht das Innenministerium jetzt eine inhaltliche Bilanz der Tagung. Darin heißt es: „Die Neue Rechte verwischt die Trennungslinien zwischen demokratischem und rechtsextremistischem Spektrum. Ihr Ziel ist es, den Pluralismus einer offenen Gesellschaft gegen zementierte Wertvorstellungen auszutauschen. Dazu gehört auch, das Individuum ethnisch verstandenen Kollektiven wie Volk und Nation unterzuordnen. Hinter dem gemäßigten Duktus der Neuen Rechten verbergen sich oft antidemokratische und fremdenfeindliche Konzepte. Diese zu enttarnen ist eine der Kernaufgaben unseres Verfassungsschutzes“. Und weiter:

„Eine der bedeutendsten Publikationen der Neuen Rechten ist die Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“, die vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz seit etwa zehn Jahren beobachtet wird. Gerichte haben bislang uneingeschränkt bestätigt, dass die Zeitung Anhaltspunkte für den Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen liefere. Um sich als pluralistisches Medium darzustellen, bemüht sich die „Junge Freiheit“ mit Erfolg, neben Rechtsextremisten demokratische Persönlichkeiten als Autoren und Interviewpartner zu gewinnen.“

Besonders dieser Passus wird der JF ein Dorn im Auge sein, streitet sie doch seit neun Jahren mit dem Land NRW, um nicht mehr vom Verfassungsschutz beobachtet zu werden und in den jährlichen Berichten erwähnt zu werden. Bisher vergeblich, jetzt hoffen sie auf Karlsruhe.

Der Verfassungsschutz hat zum Thema Neue Rechte unter dem Titel „Die Kultur als Machtfrage. Die Neue Rechte in Deutschland“ eine Studie veröffentlicht. Sie ist im Internet unter www.im.nrw.de/sch/doks/vs/neurech.pdf abgelegt und kann als Broschüre beim Inennemnisterium bestellt werden. *PM IMI NRW - u.b.* ■

Dieses Motiv sowie zwei weitere können als Postkarte oder Aufkleber bestellt werden bei: **info@keinkriegnirgendwo.de**. Preise gestaffelt nach Menge..... Anzuschauen auf der Website der Kölner Initiative: **www.keinkriegnirgendwo.de**

DFG-VK fordert „Rüstungshaushalt senken“

LUDWIGSBURG. Der Bundeskongress der DFG-VK beschloss am vergangenen Wochenende im baden-württembergischen Ludwigsburg die Fortsetzung der DFG-VK-Kampagne „Schritte zur Abrüstung“. Die Delegierten fordern eine jährliche Reduzierung des Verteidigungshaushaltes um mindestens fünf Prozent jährlich vorzunehmen. Als neueste Aktion im Rahmen der langfristig angelegten Kampagne begrüßte der Bundeskongress die Aktion „Rüstungshaushalt senken!“ Mit der Aktion, die unter anderem die massenhafte Versendung von Postkarten an die Bundesregierung beinhaltet, greift die DFG-VK auch aktiv in die aktuellen Diskussionen um Haushaltskürzungen und Eingriffe in das Sozialsystem ein. Es sei ein Skandal, soziale Rechte einzuschränken, um der Bundeswehr die weitere Verschwendung von Milliardenbeträgen zu ermöglichen, äußerte Bundessprecher Jürgen Grässlin.

Zu den weiteren DFG-VK-Arbeitsschwerpunkten gehören in den kommenden Jahren die Vernetzung mit internationalen Friedensorganisationen sowie der Widerstand gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr. „Kriegsführende Einheiten der so genannten Einsatzkräfte und das Kommando Spezialkräfte (KSK) aus Calw müssen ersatzlos aufgelöst werden“, fordert BSK-Sprecher Grässlin.

Frank Brendle,
Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ■

Neu erschienen im GNN-Verlag

Frank Pieper (Hg.)
Die EU, „Kerneuropa" und Osterweiterung
Geschichte, Entwicklung und Perspektive eines imperialistischen Blocks unter deutsch-französischer Hegemonie

Beiträge:

Frank Pieper
100 Jahre Weltmachtstreben
Deutsche Mitteleuropakonzepte vom Kaiserreich bis Joschka Fischer

Christiane Schneider
EU auf dem Weg zur „Supermacht"
„Kerneuropa" und Militarisierung

Holger Kuhr
Peripherisierung und avantgardistische Finalität
Die Berliner Europa-Politik und die EU-Osterweiterung

112 Seiten, Preis 5 €, ab 3 Ex.: 3,50 € plus Versandkosten

Zu beziehen bei: GNN-Verlag,
Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg
Fax (0 40) 43 18 88 21
eMail: gnn-hhsh@hansenet.de

Bleiberecht für geduldete Flüchtlinge!

Demonstration am Samstag, 4.10.2003 in Hannover

Ein Bündnis von ca. 30 Gruppen, Flüchtlingsrat Niedersachsen und Thüringen, VVN/BdA Nds., AWO Nds., Caritas, diakonisches Werk, Kooperative Flüchtlingssolidarität, Romane Aglonipe e.V. u.a. riefen zur Demonstration auf (siehe Bild).

„... Allein in Niedersachsen leben derzeit ca. 25.000 Menschen mit einer Duldung, 15.000 von ihnen halten sich seit mindestens 5 Jahren in Niedersachsen auf. Ein Großteil von ihnen sind Kriegsflüchtlinge, denen der Schutz des Asylrechts verweigert wurde, die aber gleichwohl aus unterschiedlichsten Gründen nicht abgeschoben werden durften und konnten... Mit einer Duldung zu leben heißt eingeschränkter Arbeitsmarktzugang, ... jahrelanges Leben in einer Sammelunterkunft, kein Anspruch auf Sozialleistungen, stattdessen Minderversorgung durch das Asylbewerberleistungsgesetz... in der Regel kein oder wenig Bargeld, Einkaufen mit Gutscheinen, Verbot, den zugewiesenen Wohnort zu verlassen. ...

So kämpfen nicht zuletzt Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien für ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht... Wir verlangen eine ... Bleiberechtsregelung für: langjährig geduldete Flüchtlinge, Opfer rassistisch motivierter Straftaten, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, traumatisierte, alte, behinderte und chronisch kranke Flüchtlinge.“ (aus dem Aufruf).

Am Demonstrationszug, der mit Zwischenkundgebungen vom Kröpcke durch die Innenstadt bis zum Opernplatz stattfand, nahmen mehr als 200 Menschen teil. Andrea Kothen von Pro Asyl bemerkte in ihrem Beitrag zum Entwurf eines Zuwanderungsgesetzes der rot-grünen Regierung: „Für die meisten heute Geduldeten bedeutet das Zuwanderungsgesetz noch mehr Diskriminierung, noch mehr Ausreisedruck und irgendwann: die Abschiebung.“ Berisa Koops von Romane Aglonipe e.V. berichtete von seinem Besuch im ehemaligen Jugoslawien.

„ Die Roma leben in Lagern und können nicht in ihre Häuser zurückkehren. Sie leben im Elend, sie haben keine Arbeit. Wir fordern: Keine Abschiebungen in das ehemalige Jugoslawien. Bleiberecht für alle. Wir leben hier seit über 10 Jahren und müssen ständig neu Duldung beantragen. Wir haben auch hier keine Arbeit. Wir Roma waren vor 60 Jahren verfolgt und sind es heute wieder. Wir wollen Rechte, wie alle anderen, für uns und unsere Kinder. Wir Roma werden weiter kämpfen und rufen auf zur Demonstration für ein gesichertes Aufenthaltsrecht anlässlich der Innenministerkonferenz am 20./21.11.03 in Jena.“

anr ■

Pro Asyl-Broschüre zum Tag des Flüchtlings

„Minimale Standards, maximale Abschottung, Umbau- und Abrissarbeiten am europäischen Flüchtlingsschutz“ lautet der Titel eines Artikels von Karl Kopp in der Broschüre des Fördervereins Pro Asyl, herausgegeben zum Tag des Flüchtlings 2003. Im folgenden einige Gesichspunkte:

Die europäischen Staaten übertreffen sich in Grausamkeiten gegenüber Flüchtlingen und in diesem Sinne „harmonisieren“ sie das Asyl –und Ausländerrecht. „Der Grundtenor: schärfere Einreisebestimmungen, schnellere Asylverfahren, längere Abschiebungshaft, mehr Abschiebungen, weniger oder völliger Ausschluss von Sozialleistungen, restriktivere Bestimmungen zur Familienzusammenführung etc.“ Vorgeprescht ist Bundesinnenminister Schily mit der Forderung einer gemeinsamen europäischen Grenzpolizei zur ‚Terrorismusbekämpfung‘. Im Juni 2002 erklärte die spanische Präsidentschaft die Migrations- und Asylpolitik zum Schwerpunktthema des EU-Gipfels. „Die Mehrheit der EU-Staaten versteht darunter ... die Bekämpfung der ‚illegalen’ Einwanderung“. „Seit Ende Januar 2003 bekämpft die britische Marine in einem EU-Pilotprojekt gemeinsam mit Griechenland, Italien, Spanien und Portugal die Einreise von Flüchtlingen und Migranten im Mittelmeer.“ Flüchtlinge sollen nicht weit kommen. „Tatsache ist, dass die Mehrheit der Flüchtlinge meist unter katastrophalen Bedingungen in den jeweiligen Nachbarländern der Staaten lebt, aus denen sie geflohen sind. Der europäische Wunsch nach ‚Regionalisierung‘ drückt vor allem aus, dass künftig die Aufnahme von Flüchtlingen auf das absolute Minimum reduziert werden soll... ‚Flüchtlingsschutz‘ soll weitgehend in die Herkunftsregionen ausgelagert werden. In ‚regionalen Schutzzonen‘ sollen die Asylverfahren durchgeführt werden. Von dort nehmen die europäischen Aufnahmeländer nur noch wenige Flüchtlinge im Rahmen von Quoten auf.“ ... Die EU-Staaten werden Genfer Flüchtlingskonvention und Europäische Menschenrechtskonvention außer Kraft setzen.

anr ■

Hartz-Gesetze - Ein Förderband ins soziale Abseits

Auch die in den letzten Tagen von Seiten der Regierungskoalition noch vorgenommenen Korrekturen an den Hartzgesetzen III und IV ändern nichts daran, dass die geplanten Reformen Flüchtlinge noch mehr an den Rand der Gesellschaft drängen. Ein wenig Schminke im Flüchtlingsbereich ändert nichts an der Wirkungsweise des Gesetzes: Es ist ein gigantisches Förderband in das soziale Abseits.

Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und einem Großteil der Geduldeten droht die kaltherzige Aussperrung vom Bezug des geplanten Arbeitslosengeldes II. Flüchtlingen will man zumuten, noch weit unter dem massiv abgesenkten Leistungsniveau des Arbeitslosengeldes II zu leben. Bereits bisher existenten Ausgrenzungsstrategien folgt weitere Diskriminierung per Gesetz.

Fatal ist auch, dass an Maßnahmen der Arbeitsförderung, wie Weiterbildungsmaßnahmen oder eine Berufsausbildung, nicht teilnehmen kann, wer keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II hat. Dies betrifft etwa Flüchtlinge, die zuvor versicherungspflichtig beschäftigt waren. Nach Jobverlust und Ende des Arbeitslosengeldbezuges müssen sie mit Sachleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz rechnen. Von sämtlichen Fördermaßnahmen ausgeschlossen, ist ihr Weg in die Langzeitarbeitslosigkeit vorgezeichnet.

Die nächste Verschärfungsrunde droht bereits. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat am 8. September 2003 in ihren eigenen Gesetzentwurf zur „Sicherung der Existenzgrundlagen“ Vorschriften aufgenommen, die vorsehen, dass Asylsuchende künftig keine Chance haben sollen, Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz zu erhalten. Bislang muss nach drei Jahren reduzierter (Sach-)Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz geprüft werden, ob ein Anspruch auf Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz besteht. Wie angekündigt wird die Union ihre Vorstellungen in das Vermittlungsverfahren zum Zuwanderungsgesetz einbringen, wo der nächste sozialpolitische Kuhhandel zu Lasten der Betroffenen droht.

PRO ASYL stimmt mit vielen Organisationen in der Kritik der Hartzpläneüberein. Im Zentrum der fälschlicherweise als „Reformvorhaben“ titulierten Hartzgesetze steht die Absicht, die Risiken der Arbeitslosigkeit weiter zu individualisieren und den vom Arbeitsmarkt Ausgegrenzten die Schuld an ihrem Schicksal zuzuweisen.

gez. Bernd Mesovic, Pro Asyl ■

Frankreich:

Arbeitspolitik auf Kosten von Einwanderern

„Den schlimmsten Gesetzestext, der in Frankreich seit 1945 hervorgebracht wurde“ nennt Michel Tubiana, der Vorsitzende der traditionsreichen Liga für Menschenrechte (LDH), den derzeit beratenen Entwurf zur Neuregelung der Ausländergesetze. Dieser sieht eine Reihe von Verschärfungen vor, schränkt etwa das Recht auf Familienzusammenführung ein, und trägt zur „Destabilisierung“ der im Land lebenden Immigranten bei, indem er die Fristen für die Erlangung eines unbefristeten Aufenthaltsrechts zum Teil deutlich verlängert (siehe AN 15/03 vom 17. 7.03).

Nur zwei Tage hatte die Nationalversammlung – das parlamentarische „Unterhaus“ im Juli benötigt, um die von Innenminister Nicolas Sarkozy im Frühjahr vorgestellte Gesetzesvorlage in erster Lesung durchzuwinken. Doch Ende September brach die Debatte über den Entwurf doch noch an. Damals schlug der Gisti (Groupe d’information et de soutien aux immigrés = Gruppe zur Information und Unterstützung von Immigranten) Alarm. Der Gisti ist eine vor allem auf Rechtsberatung und Analyse der Gesetzesentwicklung spezialisierte Initiative mit derzeit 170 Mitgliedern, mehrheitlich wohl mit juristischem Hintergrund (unter ihnen 40 Anwälte und Anwältinnen).

Von der Öffentlichkeit und selbst den Solidaritätsinitiativen für Immigranten völlig unbemerkt, war während der parlamentarischen Beratung im Juli ein wichtiger Änderungsantrag durchgekommen. Bereits bisher war die Beschäftigung ausländischer Staatsbürger, die „illegal“ in Frankreich leben, strafbar für den Arbeitgeber. Dieser riskierte bislang theoretisch eine Strafe von 4.500 Euro Geldstrafe und bis zu drei Jahren Haft, die aber in der Praxis nur sehr selten verhängt wurde. Der Beschäftigte dagegen wurde bisher eher als Opfer dieser Straftat betrachtet, da er unter ungeschützten Bedingungen und ohne soziale Absicherung arbeiten muss. Nach dem Änderungsantrag, der vom konservativen Rechtsaußen-Abgeordneten Thierry Mariani – der zugleich als Berichterstatter für den Gesetzestext vor dem Parlament firmierte – eingebracht und daraufhin durch Innenminister Sarkozy in der parlamentarischen Beratung unterstützt worden war, sollte sich dagegen künftig auch der Ausländer strafbar machen. Ihm wurden 3.750 Euro Geldstrafe und drei Jahre Aufenthalts- und Wiedereinreiseverbot in Frankreich angedroht. Dies hätte vor allem eine dramatische Folge gehabt: Kein schwarz arbeitender, weil „illegaler“ Immigrant hätte sich mehr getraut, seinen Arbeitgeber wegen unbezahlter Löhne oder nach einem Arbeitsunfall zur Anzeige zu bringen. Die perfekte Lösung für das alte Problem, dass der Staat als ideeller Gesamtkapitalist das Elend der „Dritten Welt“ aus dem Land halten, so mancher Einzelkapitalist aber durchaus gern über „illegale“, also billige, Arbeitskraft verfügen will. Ein Kompromiss, der geradezu zukunftsweisend ist: Die Sklaverei ist schließlich auch eine Organisationsform der multikulturellen Gesellschaft.

Bisher konnte ein, auch „illegaler“, Immigrant sich im Fall der Nichtbeachtung seiner Rechte an die ‚inspecteurs du travail‘, eine Art Arbeitsschutzdezernenten wenden, immer noch auf die Gefahr hin, den Job los zu sein. Doch die Neufassung der Gesetzgebung hätte die inspecteurs du travail amtlich verpflichtet, den betreffenden Immigranten selbst zur Anzeige zu bringen. Dagegen liefen diese Untergebenen des Arbeitsministeriums in der vergangenen Woche Sturm. So sehr, dass auch ihr vorgesetzter Minister François Fillon sich gegen die neue Bestimmung wandte, über die er umso mehr verärgert war, als sein Ministerkollege Sarkozy ohne Absprache in sein Ressort eingriff.

Als am 8./9. Oktober die Gesetzesdebatte im Senat, dem „Oberhaus“ des Parlaments (dort sitzen vor allem „Elder Statesmen“ sowie Vertreter der Gebietskörperschaften, vorwiegend der ländlichen Kommunen) begann, drohte der Streit sogar die bürgerliche Rechte zu spalten.

In der Nacht zum Freitag, 10. Oktober wurde dann in letzter Minute ein Kompromiss gefunden. Mit Zustimmung des Innenministers wurde der strittige Gesetzesartikel (article 14 bis, also „Paragraph 14 a“) wieder entfernt. Allerdings wurde stattdessen der Passus über den Entzug befristeter Aufenthaltstitel (article 6 bis, also „Paragraph 6 a“) verschärft.

Demnach droht künftig jedem Migranten, der über ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht verfügt, etwa weil er im Asylverfahren steckt und er schwarz arbeitet, der Entzug des Aufenthaltstitels mit sofortiger Wirkung. Damit kann er abgeschoben werden. Auch dies dürfte dafür sorgen, so manche migrantische Arbeitskraft willfährig zu halten, allerdings nicht die, die ohnehin keine Aufenthaltspapiere besitzen: Sie haben auch keine zu verlieren.

Bernhard Schmid, Paris ■

Nach dem BVerfG-Urteil

Neue Runde im Kopftuchstreit

Mit seinem Urteil vom 24. September hat das Bundesverfassungsgericht ein durch mehrere Gerichtsinstanzen hindurch bestätigtes Verbot des Oberschulamtes Stuttgart aufgehoben: Dieses hatte die Übernahme der in Afghanistan geborenen, seit 1995 eingebürgerten Lehrerin F. Ludin in den Schuldienst wegen „mangelnder persönlicher Eignung" abgelehnt.

Frau Ludin hatte darauf bestanden, auch im Unterricht ihr Kopftuch zu tragen. Das Oberschulamt befand, das Kopftuch sei Ausdruck kultureller Abgrenzung und damit nicht nur religiöses, sondern auch politisches Symbol, die damit verbundene „objektive Wirkung kultureller Desintegration" lasse sich mit dem Gebot der staatlichen Neutralität nicht vereinbaren.[1] Das Bundesverfassungsgericht sah für die Ausschließung aus dem Schuldienst keine gesetzliche Grundlage, regte aber eine gesetzliche Regelung durch die Bundesländer an.

Das Urteil hat, da es zahlreiche Fragen berührt – die Frage des Beamtenrechts und des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft, die Frage des Verhältnisses von Staat und Religion, die Frage von Integration und Ausgrenzung bzw. des Zusammenlebens verschiedener Kulturen, auch die Frage des Verhältnisses der Geschlechter – höchst kontroverse Reaktionen hervorgerufen, die sich nicht leicht in ein Schema einordnen lassen. Kardinal Lehmann etwa begrüßte die Notwendigkeit einer Gesetzesregelung als „Stärkung des Rechts auf Ausübung der religiösen Freiheit", während der Kirchenbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kues, vertrat, Toleranz gegenüber nichtchristlichen Religionen könne nicht so weit gehen, „Symbolen wie dem Kopftuch Eingang in den Staatsdienst zu eröffnen und damit herrschende Wertmaßstäbe herauszufordern".[2] Der GEW-Vorsitzende in Rheinland-Pfalz will religiöse Symbole wie das Kopftuch im Schulunterricht verboten wissen, sein Berliner Kollege dagegen begrüßte die Klarstellung, dass staatliche Einrichtungen eine Bewerberin nicht aufgrund äußerlicher Merkmale wie das Tragen eines Kopftuches ablehnen dürfen. Heribert Prantl, Redakteur der liberalen Süddeutschen Zeitung, forderte vehement ein „Toleranzedikt". Es gehe nicht um das Kopftuch, sondern darum, das Selbstbewusstsein von muslimischen Frauen zu stärken, die sich gegen die traditionelle Rolle in häuslicher Abgeschiedenheit wenden und sich stattdessen für ein Berufsleben entscheiden. Der Kommentator der konservativen FAZ begrüßte das Urteil mit fast schon entgegengesetzter Begründung: „Es liegt eine Herausforderung im Kopftuch der Lehrerin: der Gedanke, dass die Kleiderordnung der H&M-Werbung nicht alleinseligmachend sein könnte."

Argumente der Verbotsbefürworter und Gegenargumente

In der Befürwortung des Kopftuchverbots werden neben anderen zwei direkt reaktionäre Gründe angeführt, ein in deutscher Tradition autoritäres Staatsverständnis und nackte Fremdenfeindlichkeit. Beides geht oft Hand in Hand.

Immerhin drei der acht Richter des Zweiten Senats des BVerfG widersprachen in einem Minderheitenvotum[1] dem Urteilsspruch u.a. mit folgender Begründung: „Wer Beamter wird, stellt sich in freier Willensentscheidung auf die Seite

des Staates. Der Beamte kann sich deshalb nicht in gleicher Weise auf die freiheitssichernde Wirkung der Grundrechte berufen wie jemand, der nicht in die Staatsorganisation eingegliedert ist." Diese Berufung auf das Beamtenrecht gründet ähnlich wie in der langen Zeit der Berufsverbote gegen kritische (angehende) Beamte auf Vorstellungen eines „starken Staates", die Menschen mit von vorgestellter Norm abweichendem Verhalten schnell als Staatsfeinde herauspräpariert. So der NRW-Verfassungsgerichtspräsident Bertrams, der es für einen „unverzichtbare[n] Teil einer wehrhaften und streitbaren Demokratie" hält, eine moslemische Lehrerin aus dem Schuldienst auszuschließen, wenn sie auf dem Tragen eines Kopftuchs im Unterricht beharrt. Denn eine solche Lehrerin „bekennt sich nicht ohne Vorbehalt und widerspruchsfrei zu unserer Verfassung und ihren Werten".[3] Ähnlich rügt die Minderheit des 2. Senats die Senatsmehrheit: Diese „hat sich … nicht damit auseinander gesetzt, ob innerhalb der Anhänger islamischen Glaubens in Deutschland eine womöglich nicht unmaßgebliche oder gar wachsende Zahl von Menschen das Kopftuch und die Verschleierung als kulturelle Herausforderung einer von ihnen in ihrem Wertesystem abgelehnten Gesellschaft verstehen und vor allem, ob und mit welchen abwehrenden Reaktionen unter der Mehrheit der andersgläubigen Bürger zu rechnen ist."

Demagogisch, ohne Rücksicht auf den konkreten Fall wie auf die Komplexität des Sachverhalts und offen fremdenfeindlich erklärt Kulturkämpferin Alice Schwarzer, die zwischen Kopftuch und Burka keinen Unterschied zulässt, den „Fall Ludin" zur „Machtprobe". „Kein Zweifel, das Urteil ist ein halber Sieg für die Fanatiker, für die Glaube identisch ist mit Politik, die den Rechtsstaat abschaffen, die Scharia einführen wollen. (…) Ein Gutes allerdings hat das umstrittene Karlsruher Urteil: Bisher hatte die deutsche Politik diese existenzielle internationale Debatte verschlafen, die unsere zukünftige Welt prägen wird. (…) Das wird sich jetzt ändern."[4]

Nicht nur Alice Schwarzer sieht durch eine Kopftuch tragende muslimische Lehrerin die Trennung von Kirche und Staat gefährdet. Auch weniger demagogisch und aus aufklärerischen Motiven vorgetragen, sticht das Argument aus mehreren Gründen nicht: Die Trennung von Kirche und Staat ist in der BR Deutschland nicht vollzogen, und sie kommt mit einem – im Übrigen einseitigen – Kopftuchverbot auch nicht voran. Für die Lehrerin ist das Kopftuch (auch) ein religiöses Symbol, aber es macht sie nicht zur Repräsentantin einer kirchlichen Institution, so wenig wie das Kreuz, das eine christliche Lehrerin als Symbol ihrer Religiosität um den Hals trägt. Deshalb ist das Kopftuch der muslimischen Lehrerin auch nicht mit der Kleidung unterrichtender Nonnen zu vergleichen, und erst recht nicht mit dem Kruzifix, das von Staats wegen an der Wand hängt und die Verflechtung mit den christlichen Kirchen symbolisiert.

Auch das vielfach vorgetragene Argument, das Kopftuch symbolisiere die Unterdrückung der Frau in den islamisch geprägten Kulturen und müsse deshalb im Schulunterricht verboten werden, ist nicht stichhaltig. Warum dann nur bei Beamtinnen, nicht gleich ganz und gar? Tatsächlich ignoriert das Argument, dass die Beweggründe, das (islamische) Kopftuch zu tragen, vielschichtig sind. Die Sachverständige in der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht hatte 25 muslimische Pädagogikstudentinnen, davon zwölf Kopftuchträgerinnen,

zum Kopftuch befragt und erfahren, „dass das Kopftuch von jungen Frauen auch getragen werde, um in einer Diasporasituation die eigene Identität zu bewahren und zugleich auf die Tradition der Eltern Rücksicht zu nehmen; als Grund für das Tragen des Kopftuchs sei darüber hinaus der Wunsch genannt worden, durch ein Zeichen für sexuelle Nichtverfügbarkeit mehr eigenständigen Schutz zu erlangen und sich selbstbestimmt zu integrieren. Das Tragen des Kopftuchs solle zwar in der Öffentlichkeit den Stellenwert religiöser Orientierung im eigenen Lebensentwurf dokumentieren, werde aber als Ausdruck individueller Entscheidung begriffen und stehe nicht im Widerspruch zu einer modernen Lebensführung. Die Bewahrung der Differenz ist nach dem Verständnis der befragten Frauen Voraussetzung ihrer Integration.“[5] Werden diese Beweggründe nicht reflektiert und respektiert, wird das Argument gegen die Unterdrückung von Frauen zu paternalistischer Bevormundung. Tatsächlich geht es bei der Auseinandersetzung ja gerade darum, ob Frauen, die am islamischen Kopftuch festhalten und damit an kulturellen Eigenheiten, die im Wesentlichen die persönliche Schamgrenze betreffen, gleichberechtigt ihren Platz in dieser Gesellschaft einnehmen können – oder nicht.

Das Bundesverfassungsgericht ist einer Entscheidung ausgewichen. In mehreren Bundesländern sind prompt Gesetzesinitiativen zum Verbot des islamischen Kopftuchs angekündigt. Die Reaktionen von dieser Seite lassen für die weitere Debatte nicht viel Gutes erwarten. Die rechten Verbotsbetreiber werden die Debatte auf das Kopftuch lenken und die Vereinbarkeit von muslimischer und christlicher Kultur thematisieren und in Frage stellen. Sie sind es, die das Kopftuch symbolisch überfrachten und die Aufmerksamkeit – auch der Schülerinnen und Schüler, um deren Schulfrieden es ihnen angeblich geht – auf Kopftuchträgerinnen lenken und diese als Fremde markieren und stigmatisieren. Ob es gelingt, ihnen das Thema zu verschieben und in den Vordergrund zu stellen, wie sich diese Gesellschaft und auch die eigenen kulturell geprägten Sichtweisen und Praktiken ändern müssen, um ein friedliches, Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und Toleranz förderndes Zusammenleben zu erreichen?

scc ■

1 Wiedergegeben nach dem Urteil des BVerfG (2 BVR 1336/02): http://www.bverfg.de/entscheidungen/text/rs20030924_2bvr143602. Frau Ludin wird ausdrücklich nicht vorgeworfen, Kinder im Sinne der islamischen Religion indoktriniert zu haben.
2 www.cducsu.de, Meldung vom 25.9.
3 Zitiert nach http://www.123recht.net/article.asp?a=6711&f=nachrichten_allgemein_20030926-14357iy2&p=1
4 www.emma.de/content/c1064395315480.html
5 So wiedergegeben im Urteil des BVerfG.

Kohldampf, Knast und Edelweiß –

Zwei Kölner Edelweißpiraten erzählen

Mit Büchern über die Edelweißpiraten sah es in den letzten Jahren in den Buchhandlungen eher schlecht aus. Da auch Erinnerungen Konjunkturen zu unterliegen scheinen, die Kölner Arbeiterjugendlichen der vierziger Jahre des letzten Jahrhunderts in die Welt der gebildeten, erfolgreichen und schönen Jungautor(innen) und ihrer gleichartigen Helden nun wirklich nicht hineinpassten und zu allem Überfluss auch nicht zu den Siegern der Geschichte gehörten, nahmen die einen Verlage lieferbare Titel aus ihren Programmen, die anderen verlegten Bücher zum Thema gar nicht erst. In den letzten Wochen hat sich dieser Zustand deutlich verändert: Mit Jean Jülich und Fritz Theilen haben fast gleichzeitig zwei ehemalige Edelweißpiraten ihre Erinnerungen an die Zeit des Faschismus (und bei Jülich weit darüber hinaus) veröffentlicht.

Die Schicksale der beiden Männer ähneln sich: Beide stammen aus Kölner Arbeiterfamilien, beider Väter waren Antifaschisten, beide kannten die am 10. November in Köln-Ehrenfeld ermordeten Jugendlichen gut. Und doch unterscheiden sich die Bücher, oder besser gesagt, ergänzen sie sich.

Fritz Theilen, dessen Buch bereits einmal im Fischer Taschenbuchverlag erschienen, aber bereits seit Jahren nicht mehr lieferbar war, erzählt ausführlich von seinem Weg in die Reihen der Edelweißpiraten. Dieser Weg geht vom „unehrenhaften“ Ausschluss aus dem Jungvolk wegen „Disziplinlosigkeit“, über die darauf folgenden Schwierigkeiten in der Schule und bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz, über das Mitmachen bei den Navajos, einer Gruppe aus dem Umfeld der verbotenen Bündischen Jugend bis zur Freundschaft mit den Ehrenfelder Edelweißpiraten, Sabotageakten, der Hilfe für Zwangsarbeiter, Illegalität und Haft.

Theilen entging dem Schicksal seiner ermordeten Freunde vermutlich nur deshalb, weil er vor der Verhaftung der Ehrenfelder Gruppe festgenommen worden war und in ein Jugendstraflager in den Hunsrück geschickt wurde. Von dort flüchtete er zurück nach Köln und gelangte auf verschlungenen Pfaden schließlich nach Pfronten ins Allgäu, dem Ort, wohin der Rest seiner Familie aus dem zerstörten Köln evakuiert worden war.

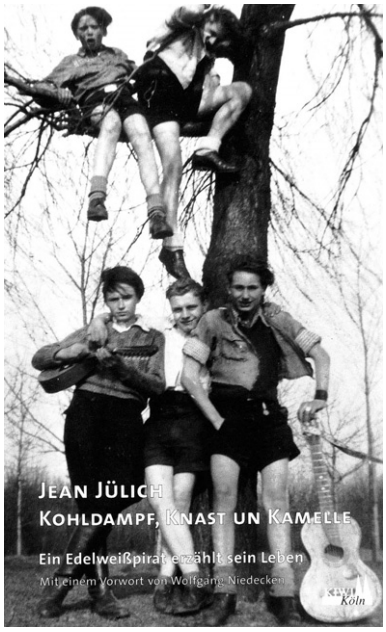
Anders als Theilen wohnte Jean Jülich nicht in Ehrenfeld sondern in Sülz. Sein Vater war als aktiver Kommunist bereits 1936 unter den Augen der Familie verhaftet worden. Um die Familie versorgen zu können, musste seine Mutter arbeiten, der Sohn wuchs zeitweise im Kinderheim und bei seinen Großeltern auf. Den Hass gegen die Nazis lernte er damit schon von Kindesbeinen an. Wie sein späterer Freund Fritz Theilen lernt auch Jülich die Edelweißpiraten eher zufällig kennen und ist sofort von ihrer Unangepasstheit begeistert: „Diese Jungen und Mädchen sprachen mich spontan an. Sie strahlten etwas Unangepasstes und Romantisches aus, nicht den autoritären Drill der Hitlerjugend“.

Theilen beschreibt diese Begeisterung mit fast den gleichen Worten: „Ich jedenfalls war restlos begeistert von meiner neuen Gruppe. Nichts mehr von HJ-Drill und Schikanen, sondern zusammensitzen, reden und singen. Es war sehr romantisch, wenn wir die alten Fahrten- und Wanderlieder sangen“.

Jean Jülich wird im Oktober 1944 verhaftet und von der Gestapo nach Brauweiler gebracht. Nach Wochen der Folterungen muss er miterleben, wie einige seiner Freunde, darunter Bartholomäus Schink, abtransportiert werden. Die Zurückbleibenden glauben, Ziel sei ein KZ – in Wirklichkeit werden die Jugendlichen in Ehrenfeld ermordet. Jülich wird in die Strafanstalt nach Rockenberg, einem kleinen Ort zwischen Gießen und Frankfurt, gebracht und erlebt dort die Befreiung. Im weiteren Verlauf des Buches berichtet er von seinem Leben nach dem Krieg als Kaufmann, Wirt und Karnevalist.

Jean Jülich wurde 1984 von der israelischen Holocaustgedenkstätte Yad Vashem als „Gerechter unter den Völkern“ ausgezeichnet, eine Ehrung, die er im Bewusstsein annahm, „stellvertretend für alle die, die man ermordet habe, die Ehrung durch Yad Vashem zu erhalten“.

Aber viele derjenigen, als deren Stellvertreter sich Jülich fühlte, galten (und gelten) in der Bundesrepublik immer noch nicht als Angehörige des Widerstandes gegen den Faschismus sondern als Verbrecher, bestenfalls als unangepasste, aber im Kern unpolitische Jugendliche.



Diese neuerliche Diskriminierung, ohne zu übertreiben könnte man von einer zweiten, moralischen Hinrichtung sprechen, sollte 1988 von dem Düsseldorfer Historiker Bernd Rusinek wissenschaftlich begründet werden. Jülich befasst sich ausführlich mit diesem Gutachten und weist auf dessen zweifelhafte Methodik hin: Die durch Prügel und andere Quälereien zustande gekommenen Verhörprotokolle der Gestapo werden von dem Historiker für bare Münze genommen, die Aussagen der heute noch lebenden Zeitzeugen dagegen als parteiisch und ungenau abgetan.

Werner Jung, Leiter des Kölner NS-Dokumentationszentrums, der das Geleitwort zur Neuausgabe von Fritz Theilens Erinnerungen verfasste, geht ebenfalls auf dieses immer noch aktuelle Thema ein und wirft seinem Kollegen „Überheblichkeit gegenüber den Zeitzeugen“ vor. Meines Erachtens zu Recht stellt er fest, „dass in der Debatte häufig mit einem politisch-ideologischen Widerstandsbegriff operiert (wird), der Jugendlichen aus dem Arbeitermilieu nicht gerecht werden kann. Warum sollte der Hass gegen die Nazis nicht einhergehen mit dem Wunsch und dem Kampf für das rasche Ende des Systems?“ In dieser sogenannten „Kölner Kontroverse“ können sich Antifaschist(inn)en nur den Worten des Filmemachers Dietrich Schubert anschließen, der im Vorwort zu Theilens Buch bekennt: „Für mich, und viele, die ihn kennen, ist Fritz Theilen ein Vorbild. Er wird sich immer engagieren, wenn er Unrecht bemerkt“. Und das gilt nicht nur für Fritz Theilen sondern natürlich auch für seinen Freund Jean Jülich und viele andere überlebende Menschen aus dem Widerstand gegen Faschismus und Krieg.

Das einzige Manko, das Jean Jülichs Erinnerungen haben, ist ihr Preis: Mit 19,90 Euro ist es für Viele, vor allem für Jugendliche, nur schwer erschwinglich. Dabei sind beide Bücher auch und gerade für Menschen, die keine Spezialisten für die Geschichte des Widerstandes sind, eine nicht nur informative, sondern auch anrührende und spannende Lektüre.

tri ■

Jean Jülich: Kohldampf, Knast und Kamelle – ein Edelweißpirat erzählt sein Leben. Verlag Kiepenheuer und Witsch, ISBN 3462-03540-1, Preis: 19,90 Euro

Fritz Theilen: Edelweißpiraten. Emons Verlag Köln, ISBN 3-89705-272-5, Preis: 9,80 Euro

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

: aus der faschistischen presse

NRW-Verfassungsschutz lässt sich provozieren

Junge Freiheit Nr. 43/03 vom 17. September 2003

An der Tagung des NRW-Verfassungsschutzes zum Thema „Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie“ hatten schon im Vorfeld verschiedene CDU-Politiker, Erwin K. Scheuch und die gesamte Rechte Kritik geübt. An der Tagung selbst nahm das Blatt teil und außerdem begab sich Götz Kubitschek, Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik und Herausgeber der rechten Vierteljahreszeitschrift „Sezession“, auf die Tagung.

Dort ergriff er die Gelegenheit zum – wie er selbst sagt – „gezielten Regelverstoß“. Er störte die Veranstaltung durch mehrere Redebeiträge und Zwischenrufe, ohne dass ihm das Wort erteilt worden ist. Nach seinem eigenen Bericht – das Blatt veröffentlicht ein ganzseitiges Interview mit Kubitschek – hat er insbesondere NRW-Innenminister Behrens angegriffen. Auf die Frage des Blattes, wie das übrige Publikum reagiert habe, teilt Kubitschek mit: „Das Problem bei einem Regelverstoß ist, dass ein erheblicher Teil der weniger engagierten Anwesenden den Verstoß gegen die institutionelle Ordnung immer als unangemessen empfindet. In einer Situation jedoch, in der man an die Wand gedrückt wird, kann man darauf keine Rücksicht nehmen. Man verliert mögliche Sympathisanten und dominiert für einige Augenblicke den Verlauf der Dinge. So gelingt es immerhin, die Veranstaltung öffentlichkeitswirksam zu prägen: Ob Spiegel Online, Westdeutsche Allgemeine oder Die Welt – kein Medium vergaß den Auftritt zu erwähnen.“

Der Verfassungsschutz führte eine vorgezogene Kaffeepause durch und verwies Kubitschek des Saals.

Das Blatt reagiert höchst erfreut auf einen Beitrag des stellvertretenden Direktors des Dresdner Hannah-Ahrendt-Institutes, Uwe Backes, der auf der Tagung ausdrücklich dafür eintrat, die Beobachtung der Jungen Freiheit durch den Verfassungsschutz einzustellen, weil sie „kein Kampfblatt einer gefestigten Organisation“ sei.

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz-Chef Möller hält jedoch an seinem Vorgehen fest.

uld ■

Antisemitismus als Leitmotiv

Nation & Europa 10-2003

Heiner Kappel war bisher stets bestrebt, nicht mit allzu offenen Faschisten zusammenzuarbeiten. Diese Phase scheint bei dem politisch notorisch erfolglosen ExFDPler (stellvertretender Fraktionsvorsitzender im hessischen Landtag), der später beim Bund Freier Bürger mitmischte und heute Chef der Deutschen Partei ist, vorbei zu sein. In der Oktoberausgabe von „Nation & Europa“ präsentiert er deshalb „16 patriotische Grundforderungen“ unter der zwingenden Überschrift „Was in Deutschland geändert werden muß“.

Kappels politisches Rezept bietet wenig Neues. Da soll „Schluß (sein) mit der verkrampften Selbstbeschuldigung und Selbsterniedrigung vor aller Welt“, ebenso „mit der ideologisch geprägten und bornierten Umweltpolitik“. Dazu kommen diverse Law-und-Order-Parolen („Schluß mit der ausufernden Kriminalität.... Schluß mit der Hilflosigkeit gegenüber Drogen- und Menschenhandel“), die für N&E obligatorische Fremdenfeindlichkeit („Deutschland ist überbevölkert und braucht keine weitere Zuwanderung.... Ausländer, die langfristig von den Sozialämtern unterstützt werden, sind zur Rückkehr in ihre Heimat zu verpflichten.... Schluß mit dem Multi-Kulti-Wahn“) und ein ordentlicher Schuss Nationalismus („Schluß mit der nur begrenzten ‚Souveränität‘ Deutschlands. Fast sechs Jahrzehnte nach dem Krieg brauchen wir keine Bevormundung und keine Sonderrechte der Alliierten mehr“). Abgeschmeckt wird die ungenießbare braune Sauce noch mit ein paar Spritzern Sozial- und Demokratieabbau („Schluß mit dem verantwortungslos aufgeblähten Staat. Deutschland braucht weniger Parlamentarier, weniger Regierungsbeamte, weniger Verwaltungen... Die Leistungen des Staates haben sich an den Einnahmen – und nicht die Einnahmen an den großzügig versprochenen Leistungen zu orientieren. Bedarf ist, was man bezahlen kann.“).

Es ist davon auszugehen, dass Kappel weiß, in welchem Organ er seine Thesen veröffentlicht. Das unterschwellige Generalthema der Ausgabe ist nämlich (wie bereits häufig in der Vergangenheit) der Antisemitismus.

Das beginnt mit dem Titelbild: Im Inneren eines grellgelben „Davidsterns“, dem Zeichen, dass jüdische Menschen ab 1941 in Deutschland tragen mussten, ist ein durch Sprengung zusammenbrechendes Gebäude zu sehen. Dazu titelt die Redaktion: „11.9.2003 Palästina: Hochhäuser, die keinen interessieren“.

Harald Neubauer, einer der beiden Herausgeber, macht im Editorial weiter. „Aufgrund jüdischer Boykott-Aufrufe weigern sich... die großen Verleihfirmen, Gibsons jüngsten Film ... in die Kinos zu bringen. Der mit hohem Aufwand gedrehte Streifen behandelt die letzten Stunden im Leben von Jesus Christus. Als Vorlage dient die Bibel. Dort ist dummerweise zu lesen, ‚die Juden‘ seien Schuld an der Hinrichtung des Gottessohns. Damit verstößt das Buch der Bücher massiv gegen die political correctness....Während Gibson die Absagen der Verleiher ereilten, tagte in Jesrusalem wieder einmal der Rat der Schriftgelehrten. Natürlich ging es auch diesmal um nichts Böses. Nur um die Ermordung des Friedensnobelpreisträgers Yasir Arafat. Er wird den Schächern zugeordnet“. Auf geschickte Weise suggeriert Neubauer damit die angebliche Kontinuität jüdischer Mordpolitik von Christus bis Arafat.

Weiter geht die Hasspropaganda in dem kurzen Beitrag „Wilhelm Busch - ein Antisemit?“, in dem es am Ende heißt: „Lediglich die ‚Süddeutsche Zeitung‘... will diesem Freispruch nicht ganz folgen und zitiert dazu den mittlerweile verstorbenen Golo Mann: Ein ‚arger Antisemit‘ sei Wilhelm Busch zwar nicht gewesen, aber ‚natürlich war er es ein klein bißchen, wie zu seiner Zeit alle Deutschen und alle Franzosen auch‘. Warum – das bleibt wieder einmal rätselhaft“. Auch hier wieder das gleiche Muster wie bei Neubauer: Der anonyme Autor mit dem Kürzel hg spricht nichts aus, deutet nur an: Waren vielleicht die Juden damals selbst Schuld am Antisemitismus? Und ist das nicht immer so („wieder einmal“)? Auf den folgenden zwei Seiten folgen dann die Überschriften „Deutsche Wiedergutmachungszahlungen als Vorbild: Ägypter verklagen Weltjudentum“ und „Apartheit-Staat Israel?“. Im Beitrag zu Theodor W. Adornos hundertstem Geburtstag darf natürlich nicht fehlen, dass er als „Sohn eines jüdischen Weinhändlers“ geboren wurde und „eigentlich Wiesengrund“ hieß, auch bei Arnold Schönberg und Hannah Arendt wird ausdrücklich auf deren jüdische Herkunft hingewiesen. und auch *Franz Schönhuber* weiß seinen Beitrag zu leisten: „Daß bei diesem Geschacher nicht nur im Hintergrund jüdische Amtsträger in der Bush-Regierung eine Rolle spielen, ist kein Geheimnis, wird auch von ihnen selbst nicht bestritten. Aber ihnen kann man zumindest zugute halten, daß sie in dem Glauben handeln, ihrem gelobten Land Israel helfen zu müssen“. Von Max Pechstein gibt es die Anekdote, er habe über die Nazis geäußert, er könne gar nicht so schnell fressen wie er kotzen müsse. Der Maler wusste, wovon er sprach.

Georg K. Schmelzle, der nach Angaben der Redaktion 35 Jahre lang „als Oberstudienrat an einer Berufsschule in Norddeutschland“ unterrichtete, gibt Antwort auf die Frage „Welche Bildung brauchen wir“. Einer seiner Sätze lautet: „Ich bin der Meinung, daß die Misere vor allem vom fehlenden ‚Mut zur elterlichen Erziehung‘ ausgeht. Sie muß sich bei der Ausbildung der Kinder und Jugendlichen auf die erkennbaren positiven Begabungen stützen und sie mit Sekundärtugenden zu ergänzen und zu befestigen suchen...“. Die Misere muss sich auf positive Begabungen stützen – die Frage nach der Bildung, die wir brauchen stellt sich in der Tat. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507